

Europäische Jugendarbeit und Jugendpolitik

Aktuelle Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene

01.18
NEWSLETTER



DOSSIER

„DANK DER EU-JUGENDSTRATEGIE WIRD MIT EUROPA ETWAS (BE-)GREIFBARES VERBUNDEN“



DOSSIER

NACHGEFRAGT, JUNGE ERWARTUNGEN AN DIE EU



DOSSIER

„DIE EU-JUGENDPROGRAMME ALS INSTRUMENTE DER EU-JUGENDSTRATEGIE STÄRKEN“

INHALT

Vorwort	3	Aktuelles von JUGEND für Europa	27
Meldungen aus der europäischen Jugendpolitik	4	„Inclusion First“ – Vielfalt ist Chance und Bereicherung zugleich	27
Die Suche nach dem Kompromiss: Der Trilog zum „Europäischen Solidaritätskorps“ beginnt	4	Der Menschenrechtsbildung eine europäische Dimension verleihen	28
Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027: Was sollte drin sein für die EU-Jugendprogramme?	5	Ein Teil von Europa werden: Jugendarbeit mit Geflüchteten stärken	29
EU-Jugendprogramme nach 2020: Wo geht die Reise hin?	6	Der Qualitätsbonus: Kompetenzen in der Jugendarbeit aufbauen	30
Dossier: Gegenwart und Zukunft der EU-Jugendstrategie	7	Europäischer Alltag	32
Wie alles begann	7	100 Jahre Unabhängigkeit	32
Nachgefragt: Junge Erwartungen an die EU	10	Literaturhinweise	34
„Dank der EU-Jugendstrategie wird mit Europa etwas (Be-)Greifbares verbunden.“	12	Veranstaltungshinweise	35
Eine EU-Jugendstrategie, die junge Menschen und Akteure in den Mittelpunkt stellt	16	Impressum	36
„Schwimmen lernt man nur im Wasser“: Die Stadt Wiesbaden stellt sich international auf	18		
Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft, in Deutschland und in Europa	20		
„Die EU-Jugendprogramme als Instrumente der EU-Jugendstrategie stärken“	22		
Die EU-Jugendstrategie in Deutschland auf einen Blick	24		
Blick aus der Forschung	25		
Für eine ressortübergreifende EU-Jugendstrategie, die mehr als jugendpolitische Themen festlegt	25		



VORWORT



2018 wird ein bedeutendes Jahr für die Weiterentwicklung der europäischen Jugendpolitik. Mit dem Europäischen Solidaritätskorps wird ein neues EU-Programm für junge Menschen auf den Weg gebracht, das das soziale und solidarische Engagement junger Menschen in den Mittelpunkt stellt. In der zweiten Jahreshälfte werden ebenfalls die Verhandlungen über die EU-Programmgeneration ab 2021 beginnen und damit erste Wegmarken für die künftige Ausrichtung der EU-Jugendprogramme, wie Erasmus+ JUGEND IN AKTION und dem Europäischen Solidaritätskorps gesetzt.

Auch die jugendpolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Union wird in diesem Jahr erneuert. Die so genannte EU-Jugendstrategie hat in den vergangenen neun Jahren einen erheblichen Beitrag geleistet, die Jugendpolitik in Europa und in den Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln. Und nie war dies wichtiger als heute. In Zeiten von steigendem Populismus und Nationalismus sowie wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen müssen wir junge Menschen unterstützen, zu Botschafterinnen und Botschaftern der europäischen Idee von Vielfalt, Toleranz und demokratischem Handeln über Grenzen hinweg zu werden. Sich begegnen und einander zu verstehen sind wichtige Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben in Europa und weltweit.

Sowohl die Vermittlung der gemeinsamen Werte der EU als auch die Stärkung der europäischen Identität junger Menschen müssen im Zentrum einer erneuerten jugendpolitischen Agenda der EU stehen. Die Aufgabe der europäischen Jugendpolitik wird darin bestehen, unmittelbar und stärker als zuvor, jeder Generation junger Menschen die Möglichkeit zu geben, Europa mitzugestalten, zu erleben und sich als Europäerin und Europäer zu engagieren.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag daher das Ziel gesetzt, die europäische und internationale Jugendarbeit weiter zu stärken und wird sich dafür einsetzen, Austauschprogramme wie Erasmus+ zu stärken. Solche Austausche vermitteln Sprachkenntnisse, fördern die interkulturelle Kompetenz junger Menschen und leisten einen Beitrag, sich in einer globalisierten Welt zu orientieren. Dabei müssen wir auch vermehrt die Zielgruppen in den Blick nehmen und ansprechen, die heute noch nicht an einem Austausch teilnehmen oder teilnehmen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Priorität noch stärker in der jugendpolitischen Zusammenarbeit verankert wird. Wir werden auch nationale und europäische Fragestellungen noch enger miteinander verbinden, um die Anliegen und die Positionen junger Menschen ausgehend von ihrer konkreten Lebenswelt vor Ort bis hin zur europäischen Gesellschaft wirksamer unterstützen zu können.

Gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten haben wir uns darauf verständigt, die Vermittlung der gemeinsamen Werte der EU und die Stärkung der europäischen Identität in den Mittelpunkt der neuen EU-Jugendstrategie zu stellen. Denn: Jugendgerechtes Handeln heißt für uns junge Menschen auf dem Weg in ein erfülltes persönliches, soziales und berufliches Leben in Europa zu unterstützen. <<<<

Bettina Bundszus-Cecere

Abteilungsleiterin Kinder und Jugend
beim Bundesministerium für Familien, Senioren,
Frauen und Jugend



MELDUNGEN AUS DER EUROPÄISCHEN JUGENDPOLITIK

Die Suche nach dem Kompromiss: Der Trilog zum „Europäischen Solidaritätskorps“ beginnt

Das Europäische Parlament hat am 12.03.2018 den Bericht seines Ausschusses für Kultur und Bildung in erster Lesung und ohne weitere Aussprache in die sogenannten „interinstitutionellen Verhandlungen“ eingebracht. Berichterstatterin Dr. Helga Trüpel (Bündnis 90 / Die Grünen) hat das Mandat, für das Europäische Parlament in die Verhandlungen mit dem Rat der EU und der EU-Kommission über die Ausgestaltung des Europäischen Solidaritätskorps zu gehen.

Das neue EU-Jugendprogramm ist in aller Munde: Es wird mit großem Enthusiasmus erwartet aber auch mit Skepsis betrachtet. Der Vorschlag der Kommission traf 2016 eindeutig einen Nerv und das europaweite Erstarken nationalistischer Kräfte sowie die schwindende Solidarität in Europa bestätigten nach wie vor seine Notwendigkeit. So sollte es bereits am 1. Januar 2018 starten. Dabei nehmen die legislativen Schritte, die der Gründung eines solchen Programmes vorausgehen, einiges an Zeit in Anspruch. Vor allem dann, wenn die Ansichten weit auseinander liegen.

Strittig bleiben vor allem die Bezeichnung und Schwerpunktsetzung des Programms, sowie die För-

dermöglichkeiten für Praktika und Jobs. So schlägt das Parlament die Bezeichnung „Europäischer Solidaritäts- und Freiwilligendienst“ vor und legt deutlich mehr Wert auf die Schwerpunkte Inklusion und Diversität als die Kommission. Das Parlament verschiebt außerdem an einigen Stellen die Einordnung des Programms aus dem jugendpolitischen Kontext (Lernmobilität, interkulturelles Lernen, Entwicklung Persönlichkeit) in den engagementpolitischen (Hilfe, praktische Unterstützung). Nach dem Willen des EU-Parlaments soll der Beschäftigungsstrang nur 5% des Förderbudgets im Europäischen Solidaritätskorps ausmachen. Dementsprechend beschränkt der Bericht des Parlaments den Kreis teilnehmender Organisationen auf Non-profit-Einrichtungen. Der Vorschlag der EU-Kommission sah hier einen 20%igen Anteil vor, die Mitgliedsländer hatten sich dieser Position bereits angeschlossen.

Weitere Unterschiede ergeben sich in Punkten der geografischen Reichweite des Programms bis 2020 und der Refinanzierung des Programmbudgets.

Es bleibt nun abzuwarten, wie die Gespräche zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament verlaufen werden. Bis zum 4. Juni soll eine Einigung unter Dach und Fach sein, denn alle Seiten wollen am Ziel einer ersten Antragsfrist im Oktober festhalten.





Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027: Was sollte drin sein für die EU-Jugendprogramme?

Eine Mitteilung der Kommission zeigt Optionen für einen „modernen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für eine Europäische Union“ auf, darunter auch eine signifikante Erhöhung des Erasmus+ Budgets.

Sie wird bis Mai ihren konkreten Vorschlag vorlegen.

In ihrer Mitteilung betont die Kommission, dass der EU-Haushalt in erster Linie ein Investitionsbudget sei. Er ermögliche Zielsetzungen auf europäischer Ebene, die Ausgaben auf nationaler Ebene nicht erzielen könnten. Hier werden Mobilitätsprogramme, darunter vorrangig Erasmus+, als idealtypische und notwendige Investitionen gesehen, denn sie „statten junge Menschen mit den nötigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt aus, verbessern das Verständnis für andere Kulturen und konsolidieren das soziale Gefüge [der] Union.“

Somit werden für eine substanzielle Erhöhung der Reichweite von Erasmus+ zwei Szenarien dargestellt. Das erste Szenario zeigt auf, dass eine Verdopplung der Zahl der an Erasmus+ teilnehmenden jungen Menschen in der EU auf rund 7,5% aller jungen Menschen Investitionen im nächsten MFR in Höhe von 30 Mrd. EUR erfordern würden. Um jedem dritten jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, im Rahmen von Erasmus+ eine Lernerfahrung im Ausland zu machen, wären für den gleichen Zeitraum Mittel

in Höhe von 90 Mrd. EUR notwendig. Das Europäische Parlament spricht sich seinerseits in der Erarbeitung seiner Position aktuell für eine Verdreifachung des Erasmus+-Budgets aus.

Noch bleiben diese Szenarien sehr ungewiss. Selbst die Verwirklichung des ersten Szenarios stellt eine politische Herausforderung dar. So warnte EU-Haushaltskommissar Oettinger vor einer Kürzung der Mittel für Erasmus+, denn für eine Erhöhung sprechen sich im Moment längst nicht alle Mitgliedstaaten aus, weder bei Erasmus+ noch beim künftigen EU-Haushalt insgesamt.

Eins ist dennoch sicher: Die Erneuerung von EU-Programmen und Fonds sind nun einmal abhängig davon, dass es einen „Mehrjährigen Finanzrahmen“ gibt. Sollte das Nachfolgeprogramm zu Erasmus+ 2021 mit der gleichen Verspätung starten wie das laufende anno 2014, so würde das bedeuten, dass bis zu 1 Mio. junger Menschen weniger eine Chance auf Teilnahme hätten. <<<<



EU-Jugendprogramme nach 2020: Wo geht die Reise hin?

Auf den ersten Diskussionen zur Ausgestaltung der künftigen mehrjährigen Finanzplanung der EU folgen Positionen und Vorschläge zahlreicher politischer Akteure zu Erasmus+ JUGEND IN AKTION und dem Europäischen Solidaritätskorps. Diese fordern über eine bessere finanzielle Ausstattung hinaus neue Formate, verbesserte Verwaltungsstrukturen und kohärentere Ziele.

Nur 1,36% des EU-Haushalts macht das gegenwärtige Erasmus+ -Programm aus – für viele Anlass, sich Gedanken über das Konzept eines Nachfolge-Programms zu machen. Hinzu kommen auch erste Überlegungen und Forderungen zur Zukunft des Europäischen Solidaritätskorps, die vor allem für eine Integration im Jugendkapitel von Erasmus+ werben. Da Erasmus+ und der ehemalige Europäische Freiwilligendienst als Erfolgsprojekte der europäischen Integration und der Zukunft Europas betrachtet werden, sollten künftig jugend- und gesellschaftspolitische Ziele sowie eine angemessene finanzielle Ausstattung mit diesen Projekten einhergehen.

Ein Europa für alle jungen Menschen

Hier sind sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie die Jugendorganisationen und Wohlfahrtsverbände einig: Die EU-Jugendprogramme sollen durch vielfältige und niedrighschwellige Formate sowie angemessene Förderungen Möglichkeiten für alle jungen Menschen in Europa bieten. Noch sind die Programme nicht inklusiv genug, auch weil die Verwaltungsaufwände für kleinere Träger, die mit jungen

Menschen mit erhöhtem Förderbedarf oder Benachteiligung arbeiten zu hoch sind. Eine Forderung, die die Vertreter der Erasmus+ Generation in ihrer Deklaration zur Zukunft des Programms ebenfalls deutlich formulierten.

Gelingendes Aufwachsen in einer wertebasierten und demokratischen Gesellschaft

Die nationale Zwischenevaluation von Erasmus+ JUGEND IN AKTION belegte, dass junge Menschen mit ihrer Teilnahme eine Verbesserung ihrer Kompetenzen zur Erhöhung ihrer Zukunftschancen erzielen. Im Mittelpunkt ihres Interesses stehen jedoch vor allem das persönliche Erleben und das Kennenlernen von anderen Kulturen und Standpunkten. So sehen Organisationen und Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Jugendbereich von Erasmus+ großes Potenzial für die Demokratieförderung und die Wertevermittlung. Aus Sicht des Europäischen Jugendforums müsse das Programm viel stärker auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen als aktive Bürgerinnen und Bürger in diversen und demokratischen Gesellschaften abzielen. Kompetenzerwerb sei zuallererst als Beitrag zur Gesellschaft zu werten und sollte von Zivilgesellschaft und Arbeitgebern anerkannt werden. In diesem Sinne sollte der strukturierte Dialog als Teilhabeinstrument gestärkt werden.

Synergien zwischen der EU-Jugendstrategie und den EU-Jugendprogrammen schaffen

Aus Sicht des Europäischen Parlaments sind die EU-Jugendprogramme ein wichtiges Instrument für eine bereichsübergreifende Strategie für die Jugend. So plädiert das Parlament zusammen mit dem BMFSFJ bei der anstehenden Erneuerung des Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit dafür, die Prioritäten des Erasmus+-Folgeprogramms auf die neue Jugendstrategie der EU abzustimmen. Das Jugendkapitel solle dabei verstärkt auf die Weiterentwicklung des Jugendbereiches, seinen Politiken, Praktiken und Zielgruppen ausgerichtet werden. <<<<





DOSSIER: GEGENWART UND ZUKUNFT DER EU- JUGENDSTRATEGIE

Wie alles begann

Mit dem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 27. November 2009 wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich mit nationalen Maßnahmen an der Gestaltung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa zu beteiligen. Es begann eine neue Ära der Jugendpolitik, in Europa und in Deutschland. Ein Rückblick auf acht Jahre Umsetzung in Deutschland.

Der Beschluss des Rates stellte das Ergebnis einer fast zweijährigen Auseinandersetzung in der Europäischen Union dar. Mit ihm wurden erstmalig Zeichen gesetzt, die darauf hindeuteten, dass Anliegen und Herausforderungen des Jugendalters auch in der EU als eigenständiges Politikfeld betrachtet werden. Der Beschluss legte übergeordnete Ziele fest und definierte spezifische jugendpolitische Ziele für acht Aktionsfelder. Diese bildeten die Grundlage für einen explizit jugendorientierten Beitrag von Jugendpolitik zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung der EU.

So wurden auf EU-Ebene Impulse gesetzt, die jeweils auf die Realität der Mitgliedstaaten übertragen und angepasst werden konnten. In Deutschland wurde die EU-Jugendstrategie von Beginn an mit großer Ernsthaftigkeit und fachlichem Interesse aufgenommen. Der Bund hatte sich offensiv an der EU-Debatte beteiligt und nationale Akteure durch eine breite Konsultation im Vorfeld des Beschlusses einbezogen. Auch die Länder zeigten sich als aktive Mitgestalter und positionierten sich mit eigenen Erwartungen im Entscheidungsfindungsprozess. Die obersten Landesjugendbehörden kündigten an die Umsetzung der neuen EU-Jugendstrategie in Deutschland aktiv mitzugestalten. Die EU-Strategie sollte in Deutschland zum Motor für die Weiter-

entwicklung ausgewählter Kernthemen der Kinder- und Jugendhilfe werden.

Herausforderungen europäisch angehen

Die Grundlage der EU-Jugendstrategie ist eine weiterentwickelte Offene Methode der Koordinierung, mit der ein Mehr an Verbindlichkeit bei den strategischen Zielen und ein intensiverer fachlicher Austausch erreicht werden soll. Ausschlaggebend für eine verstärkte jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa und in Deutschland ist die Überzeugung, dass eine reine nationale Kinder- und Jugend(hilfe) politik grenzüberschreitenden Herausforderungen nicht mehr gewachsen ist. Sowohl europäisch als auch national liegt es auf der Hand, die jugendpolitische Strategie für die Stärkung der Jugendhilfe als dem politischen Akteur und Umsetzer bei der Gestaltung von Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in der EU zu nutzen.

Die jugendpolitische Zusammenarbeit stellt zwei Anforderungen an die Mitgliedstaaten und die Europäischen Institutionen: zum einen die europäische Kooperation zur Verbesserung und Stärkung des gemeinsamen fachpolitischen Handelns in der EU zu fördern, zum anderen; die vereinbarten Ziele und fachpolitischen Handlungsschwerpunkte in den Mitgliedstaaten selbst zu verfolgen.



Eine Offene Methode der Koordinierung auch in Deutschland

Bei der Umsetzung haben Bund und Länder sich von dem Konzept der Offenen Methode der Koordinierung als Instrument der Politiksteuerung der EU anregen lassen, die außerdem dem föderalen System in Deutschland und den subsidiären jugendpolitischen Zuständigkeiten von Bund und Bundesländern entspricht.

2010 haben Bund und Länder grundsätzlich ihre enge Zusammenarbeit für eine gemeinsame Umsetzung beschlossen. Sie sahen den Mehrwert der EU-Jugendstrategie in erster Linie darin, europäische Impulse für die Weiterqualifizierung von Praxis und Politik der Kinder- und Jugendhilfe zu nutzen.

Im Mittelpunkt der Bund-Länder-Zusammenarbeit standen anfangs die Abstimmung und der Austausch über geeignete und für die deutsche Kinder- und Jugendhilfe zukunftsweisende europarelevante Fragestellungen. Dabei sprachen sich die Partner für einen eigenen, etwas von den allgemeinen Merkmalen der EU-Jugendstrategie abweichenden Umsetzungsplan aus. So sah das deutsche Vorgehen kein Handeln in den acht Handlungsfeldern der EU-Jugendstrategie vor, sondern eine Konzentration auf zentrale Themen, in denen Jugendhilfe selbst agieren und eigenständig verändern kann. Bund und Länder haben als zentrales Merkmal der Umsetzung die Beteiligung junger Menschen sowie der Akteure der Jugendpolitik in ihrer jeweiligen Zuständigkeit festgeschrieben.

Soziale Integration, Teilhabe und Anerkennung des nicht-formalen Lernens

In Deutschland wurden drei Themen festgelegt, die zur Erreichung übergeordneter jugendpolitischer Ziele und zur Stärkung der Angebote von Jugendhilfe beitragen sollten:

- Neue Lernfelder für Jugendliche und Fachkräfte ermöglichen – die EU-Jugendstrategie unterstützt die Integration benachteiligter junger Menschen in das Regelsystem von Bildung, Ausbildung und Arbeit.

- Teilhabe fördern und Demokratie stärken – die EU-Jugendstrategie unterstützt die wirksame Beteiligung Jugendlicher durch Ansprache neuer Zielgruppen und Implementierung neuer Formate.
- Kompetenzen der Jugendlichen sowie Bildungsangebote der Jugendarbeit stärken – die EU-Jugendstrategie unterstützt die Anerkennung und Sichtbarmachung der nicht formalen und informellen Lernangebote in der Jugendarbeit.

Die Themen waren in der deutschen Jugendpolitik nicht neu, sondern spiegelten aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wider. Die Bearbeitung dieser Themen drückte sich in zahlreichen Maßnahmen aus, darunter in der Initiierung vieler Prozesse des Voneinander-Lernens, in Modellprojekten, dem Aufbau von Informationsnetzwerken und der Entwicklung konkreter Handlungsempfehlungen. In einigen Ländern und Kommunen wurden Beratungsstellen für Jugendliche und Träger eingerichtet und regelmäßige Informationsveranstaltungen oder digitale Informationsangebote, wie z.B. „EuroBBa“, entwickelt.

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) initiierte ein Modellprojekt zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität zu Lernzwecken im Rahmen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie, das in Kooperation mit fünf Bundesländern umgesetzt wurde. Dabei sollte verdeutlicht werden, dass grenzüberschreitende Mobilität nicht nur für gut ausgebildete junge Menschen im Studium, während der Schulzeit oder eines Freiwilligendienstes ein persönliches Highlight darstellt, sondern insbesondere auch diejenigen persönlich und bildungsbezogen unterstützt, die sich nicht aus ihrem engeren lokalen Umfeld heraus bewegen. Bund und Länder arbeiteten darüber hinaus gemeinsam an konkreten praxisbezogenen Empfehlungen für die Jugendsozialarbeit, um Angebote der grenzüberschreitenden Mobilität gerade für bildungsbenachteiligte junge Menschen zu vermehren. Das Land Brandenburg wählte seinerseits einen ressortübergreifenden Ansatz um eine stärkere Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen in die Jugendfreiwilligendienste zu erreichen. Es wurden drei interministerielle Fachkräfteprogramme orga-



nisiert, bei denen sich Mitarbeiter/-Innen aus dem Kultur-, Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zusammen mit Mitarbeiter/-Innen aus den jeweils entsprechenden Ministerien in Litauen austauschen konnten.

Nicht zuletzt sind dank der EU-Jugendstrategie in Landkreisen, Städten und Gemeinden Diskussions- und Verständigungsprozesse in Gang gekommen, die nicht vor der Kommunalpolitik Halt gemacht haben. Die innenpolitischen Entwicklungen in Europa und in Deutschland haben nochmal das Bewusstsein gestärkt, dass alle jungen Menschen die Möglichkeit erhalten sollten, Europa selbst zu erleben, mitzugestalten und sich europäisch zu engagieren.

In diesem Dossier reflektieren Akteure aus Ländern und Kommunen sowie Träger der Kinder- und Jugendhilfe die bisherige Umsetzung der EU-Jugendstrategie und äußern Wünsche und Empfehlungen

für die Zukunft. Denn mit dem Ende der aktuellen EU-Jugendstrategie endet nicht die Notwendigkeit, jungen Menschen diese europäische Gemeinschaft und ihre Vorteile zugänglich zu machen. In der Umsetzung entstandene Initiativen, das gestärkte Bewusstsein für europabezogenes Handeln und die praktischen Empfehlungen für eine europäische Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe müssen fortgesetzt und weiterausgebaut werden. Auch sollen Förderprogramme und jugendpolitische Strategien besser abgestimmt und verzahnt werden. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf die Ideen und Themen, die im Rahmen des aktuellen Zyklus des Strukturierten Dialogs entstanden sind, liegen. Junge Menschen haben zahlreiche Anliegen und erwarten, dass diese in der Politikgestaltung berücksichtigt werden. So erhalten jugendpolitische Entscheidungsträger die Chance, den jungen Menschen Europa näher zu bringen und den Querschnittansatz von Jugendpolitik zu stärken. <<<<



Nachgefragt: Junge Erwartungen an die EU

„du »EUROPA« wir“ lautet das Motto des aktuellen Zyklus des Strukturierten Dialogs, dem Jugendbeteiligungsinstrument der EU-Jugendstrategie. Bei Veranstaltungen und persönlichen Gesprächen, aber auch online konnten junge Menschen ihre Ideen, Erfahrungen und Wünsche für die Zukunft Europas einbringen.

Die Beteiligung der Jugend ist von Beginn an ein Grundprinzip der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa. So wird auch die Zukunft der EU-Jugendstrategie mit dieser beraten, wofür die aktuelle Phase des Strukturierten Dialogs (SD) genutzt wird. Unter dem Motto „du »EUROPA« wir“ wurden zahlreiche Ideen und Erwartungen an Europa und die Jugendpolitik europaweit formuliert und gesammelt. Genau wie Europa sind auch die Themen, die junge Menschen mit ihrem Leben in der EU verbinden, vielfältig.

Diese wurden über die übliche Online-Mitwirkung genauso wie im Rahmen von Veranstaltungen eingeholt. In regionalen Denkwerkstätten sowie lokale Erasmus+ Projekte des Strukturierten Dialogs war ein tieferer Einstieg in die Themen möglich. Hier wurden die Anliegen, Sorgen und Hoffnungen konkret. Druck beim Lernen und dadurch Angst vor der Zukunft, Jugend in der digitalen Welt und Europa, Umweltschutz- all dies und mehr bewegt junge Menschen.

Gemüsemarkt Europa

„Für mich fehlt es noch an effektiven Partizipationsmöglichkeiten im Europäischen Parlament oder im Europarat – es ist wichtig, dass die Jugend auch bei Themen außerhalb der klassischen Jugendpolitik dabei ist, zum Beispiel bei der Klima- oder Verkehrspolitik“, meinte Jannis aus Dortmund zu Jannis aus Bremen. Der engagiert sich bei der Jugendfeuerwehr und hatte ein ganz anderes Anliegen: „Wenn ich eine Sache an Europa ändern könnte, wäre das, dass die Erstintegration von Geflüchteten in Vereine und Gruppen nicht mehr zufällig passiert, sondern dass es ein europaweites System für die Integration in die Gesellschaft gibt.“

Auch ihre Einschätzungen und Assoziationen zu Europa sind unterschiedlich. Paul, 13 Jahre, aus Berlin, bezeichnete Europa als „unfertig“, während er vom Europäischen Parlament in Straßburg sprach und

zweifelte daran, dass Europa jemals fertig sein könnte. Zum berühmten Gurkenbild sagt Gerhard aus Lüneburg: „Das ist für mich das alte Negativbeispiel, das schon seit zehn Jahren nicht mehr stimmt. Da werde ich jedes Mal sauer, weil es die Lebensmittelindustrie ist, die sich das selbst auferlegt hat, aber die EU kriegt den Ärger ab“. Andere ziehen ihre Bilder aus der eigenen Erfahrung mit Europa, so wie Theresa aus Erfurt. Die assoziative Verbindung zwischen einem Obst- und Gemüsemarkt und Europa kommentiert sie folgendermaßen: „Es erinnert mich an meinen Freiwilligendienst in Serbien – das ist zwar Europa, aber eben nicht EU. Ganz viele Menschen dort würden sich über die Reise- und Arbeitsfreiheit, die wir haben, sehr freuen und da merkt man dann auch die Vorteile sehr stark, die wir hier als selbstverständlich wahrnehmen“.

Und wie steht's mit den Gefühlen?

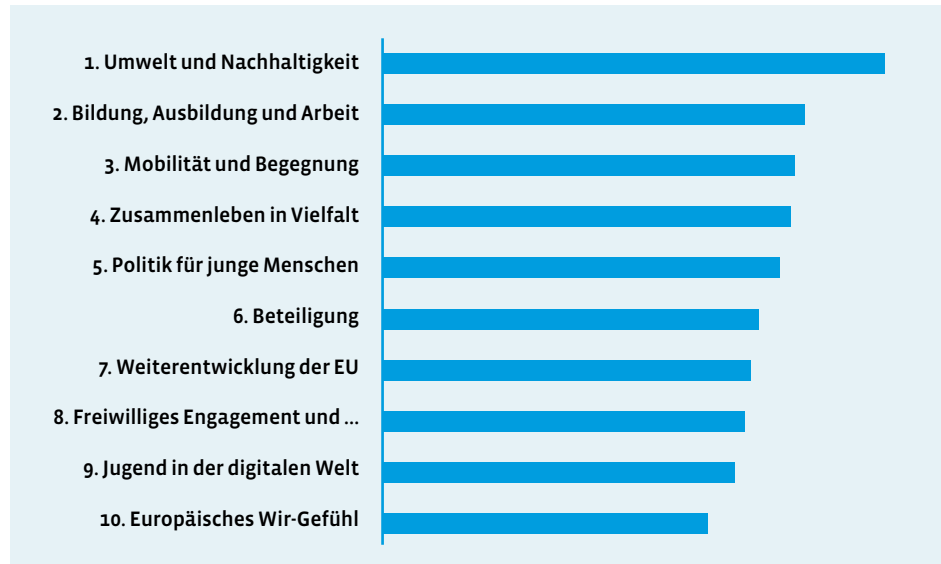
„Momentan sind es eher negative Gefühle, die aufkommen, zum Beispiel was die Verteilung der Flüchtlinge angeht, das Abschotten an den EU-Außengrenzen oder den Rechtsruck in einzelnen Staaten. Gerade letzteres sollte momentan die Hauptaufgabe der EU sein, das zu beheben“, plädierte Max, der sich im Kinder- und Jugendparlament in Berlin engagiert. „Es ist wichtig, dass die EU sozialer wird – das betrifft uns hier zwar weniger, aber in Südeuropa muss die EU etwas tun, um die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen“, forderte Malte.

Gute Gefühle entstehen dagegen bei den Gedanken an die Geschichte der Europäischen Union, an die Reisefreiheit und die Chancen, die Programme wie Erasmus+ ermöglichen. Deshalb sollte gerade das auch deutlicher kommuniziert werden. Bei all den gewährten Freiheiten sei es aber auch an der Bevölkerung für diese einzustehen und aktiv zu werden, sagte Max mit Seitenblick auf Staaten wie Ungarn und Polen.

Trotz all der unterschiedlichen Standpunkte, Erwartungen, Gefühle und Fantasien, brachte die



Beteiligungsrunde in Deutschland gemeinsame Themen hervor, die jungen Menschen besonders wichtig sind.



Quelle: DBJR, Werkstatt MitWirkung, „Ergebnisse du »EUROPA« wir“

Die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit brennen jungen Menschen ganz besonders unter den Nägeln. In der Auswertung der Werkstatt MitWirkung heißt es: „Junge Menschen sorgen sich über die zunehmende Umweltzerstörung, wollen mehr über die Zusammenhänge erfahren und machen sich Gedanken, wie sie ihr eigenes Verhalten ändern können. Aber sie fordern auch, dass politische Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Umweltschutz geschaffen werden“.

Weniger Leistungsdruck, Bekämpfung der Kinderarmut und offene Grenzen

Das Lernen ohne Leistungsdruck hat im Zusammenhang mit dem Thema Bildung viele der jungen Menschen angesprochen. Sie sehen sich einem immer größer werdenden Druck ausgesetzt „gut sein zu müssen“ und mit anderen gemessen zu werden, sowie immer weniger Zeit zum Lernen zu haben. Sie wünschen sich deshalb mehr Raum, sich in der Schule zu orientieren und intensiv mit Themen auseinanderzusetzen. Im Gegensatz zur Bildungspolitik, die Ganztagschulen ausbauen will, wünschen sich die jungen Menschen kürzeren Unterricht. Außerdem sollte beim Lernen nicht immer nur Leistung und Qualifikation für den Arbeitsmarkt im Vordergrund stehen, sondern die persönliche Entwicklung.

Von einer zukünftigen EU wünscht sich die Jugend mehr Transparenz und mehr Demokratie, womit sie eine größere Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen bei politischen Entscheidungen verbindet. Ihrer Auffassung nach sollten die Mitgliedsstaaten der EU noch enger zusammenarbeiten. Nationale Politiker und Politikerinnen sollten stärker länderübergreifend denken, wenn sie ihre nationalen Entscheidungen treffen.

Die jungen Menschen wollen eine soziale und solidarische Europäische Union. Beim Kampf gegen Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit sollten sich

die EU-Staaten gegenseitig unterstützen. Kontroverser sehen sie die finanzielle Unterstützung anderer Länder durch die EU: Sie finden, hier sollte die EU das Verhältnis zwischen ihrer Unterstützung für andere Länder und deren Selbsthilfe ausgleichen.

Um ein positives Gefühl und eine Zugehörigkeit zur EU entwickeln zu können, sollten offene Grenzen und mehr Europa-Bildung für die Jugend gewährleistet sein. Freies ungehindertes Reisen fördert Begegnungen und Freundschaften mit anderen jungen Menschen über Grenzen hinweg und müsse deshalb erhalten bleiben. Außerdem könnten junge Menschen Europa nur besser verstehen und es zu ihrer Sache machen, wenn sie mehr wissen und europäische Themen auch im Alltag – z.B. im Schulunterricht – diskutieren können.

Medienkompetenz als Muss

Auch das Leben in der digitalen Welt treibt die junge Generation um, sie vermissen insbesondere Unterstützung in ihrer Orientierung durch Erwachsene. Zwar sind ihnen die Vorzüge der digitalen Möglichkeiten bewusst, von denen sie gerne profitieren möchten, allerdings wollen sie sich dabei auch auf den Schutz ihrer Daten und Informationen verlassen können. Sie wünschen sich insgesamt mehr



Unterstützung beim richtigen und verantwortungsvollen Umgang mit den Medien. Deshalb ist ihrer Auffassung nach die Vermittlung von Medienkompetenz im heutigen Unterricht ein Muss. Von Lehrpersonal und Politik erwarten sie mehr Fachkenntnis, mehr Wissen und mehr Engagement, wenn es darum geht, die digitale Welt jugendgerecht mitzugestalten.

Wie kommen diese spannenden Ergebnisse nun dort an, wo die zukünftige EU-Jugendstrategie entschieden wird? Sie werden von Bund und Ländern aufgegriffen, die dies in ihrer Positionierung berücksichtigen. Außerdem wurden sie mit zur EU-Jugendkonferenz in Sofia Mitte April 2018 genommen, wo die Jugenddelegierten aller Mitgliedsstaaten auf Grundlage der nationalen Beteiligungsergebnisse ihre gemeinsa-

men europäischen Anliegen und Forderungen erarbeiteten. Unter dem Titel „Youth Goals“ definierten die jungen Menschen elf Ziele für die europäische Jugendpolitik, die sie mit je einer übergreifenden Erwartung und einzelnen Empfehlungen unterlegt haben. Dort finden sich die oben genannten Themen natürlich wieder. Die Ziele reichen von der europäischen Zugehörigkeit, über Geschlechtergleichheit, Inklusion, Beteiligung und Mitbestimmung, Qualität und Bildung und Arbeit bis hin zu Umweltschutz und jungen Menschen in ländlichen Gebieten. Mit diesen klaren Jugendzielen werden sich nun die Jugendministerien der EU-Staaten und die Europäische Kommission auseinandersetzen müssen, wenn es um den Vorschlag und die Verhandlung der zukünftigen EU-Jugendstrategie geht. <<<<<

„Dank der EU-Jugendstrategie wird mit Europa etwas (Be-)Greifbares verbunden.“

2010 war der Startschuss für die Umsetzung der neuen EU-Jugendstrategie in Europa.

Was ist in den letzten acht Jahren in den Bundesländern in Deutschland erfolgt?

Und welche Erwartungen gibt es an die künftige jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa?

JUGEND für Europa führte ein Gespräch mit Matthias Hoffmann, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg zur bisherigen Umsetzung und zur Zukunft der EU-Jugendstrategie.

» Welche Impulse wurden mit der EU-Jugendstrategie in Brandenburg gesetzt?

« Ganz allgemein würde ich sagen, das Feld der internationalen und europäischen Jugendarbeit als ein wichtiger Bestandteil von Jugendarbeit ist wieder im Bewusstsein der Fachkräfte angekommen, aber auch auf der Steuerungsebene zum Beispiel in den Jugendämtern. Das ist das eine. Das andere ist, dass sich auch mit dem Begriff Europa etwas (Be-)Greifbareres verbindet als nur ein abstraktes Staatengebilde, das man in seinen Einzelheiten nicht durchschaut oder das Europa weitaus mehr ist als nur Schengen bzw. der Euro, was ja wahrlich auch schon nicht wenig ist, sondern Europa ganz konkret auch Zusammenarbeit und Fachaustausch unter Kolleg/-Innen bedeutet.

Die Zusammenarbeit und der Fachaustausch hat in diesem Zusammenhang übrigens nicht nur eine europäische Dimension sondern auch eine sehr regionale. Gerade in der Phase des Implementierungsprozesses der EU-Jugendstrategie haben wir sehr eng mit den Kolleg/-Innen aus Berlin zusammengearbeitet. Daraus sind dann gemeinsame Informationsveranstaltungen und Fortbildungen für die Länder Brandenburg und Berlin erwachsen.

» Welches Thema bzw. Anliegen konnte durch die EU-Jugendstrategie weitergebracht oder gestärkt werden?

« Wir haben uns zu Beginn des Umsetzungsprozesses dafür entschieden, bei Fachtagen, Konferenzen etc., wenn möglich und sinnvoll, auch die Perspektive von Kolleg/-Innen aus anderen europäischen Ländern einzubeziehen. Das halten wir bis heute auch weitgehend durch, zuletzt etwa bei unserem 3. Kongress der Jugendarbeit „Auftrag Jugendarbeit: politisch?! – integrativ?! – demokratisch?!“ Sehr gute Erfahrungen haben wir auch damit gemacht, für die brandenburgischen Fachkräfte einen Sprachkurs „Fachenglisch“ anzubieten, der dann



über ein halbes Jahr als „Webinar“ fortgesetzt wurde und schließlich in einem Fachkräfteaustausch mit Kolleg-/Innen aus Nord-Irland mündete und dieses Jahr als SummerSchool weitergeht. Ziel des Kurses war und ist es, bei den Fachkräften Hemmschwellen abzubauen und Kommunikation zu ermöglichen, wenn es um ein Mehr an grenzüberschreitender Mobilität gehen soll.

Denn wenn wir möchten, dass mehr junge Menschen Europa erfahren, also an grenzüberschreitenden Mobilitätsmaßnahmen teilnehmen, müssen wir als erstes die Fachkräfte in den Blick nehmen. Ein Jugendarbeiter oder eine Jugendarbeiterin, der oder die selbst so etwas noch nie erlebt hat oder sich nicht traut, wird doch niemals auf die Idee kommen, mit einer Gruppe Jugendlicher in die Fremde zu fahren.

» *War die EU-Jugendstrategie Ansporn, Motor oder eher eine Stütze dessen was bereits angestrebt war?*

«Viele Programme, die wir mit unseren Kollegen aus dem Ministerium für Soziales und Arbeit der Republik Litauen seit vielen Jahren jährlich organisieren, liefern ja auch vorher schon. Aber der gesamte Ansatz der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa, der hinter der EU-Jugendstrategie steckt, hat uns eigentlich darin bestärkt, dass wir da das Richtige tun und wir das unbedingt ausbauen müssen. So gesehen ist die EU-Jugendstrategie eine ganz wichtige Legitimation unserer Arbeit gewesen und lieferte uns ein weiteres wichtiges Argument, wenn es in Diskussionen darum ging, ob das alles notwendig ist und wir unsere weniger werdenden personellen Ressourcen nicht lieber auf die wirklich wichtigen Dinge des Lebens konzentrieren sollten

» *Welche Projekte sind im Zuge der EU-Jugendstrategie in Brandenburg entstanden? Mit welchen Ergebnissen?*

«Es war uns eigentlich relativ schnell klar, dass wir die Landkreise, Ämter und Gemeinden irgendwie in den Prozess reinholen müssen, wenn wir ein Mindestmaß an Nachhaltigkeit erreichen wollen. Letztlich findet die praktische und alltägliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vor Ort statt. So sind wir dann im Jahr 2013 gestartet und haben zwei Landkreise über den Zeitraum von zwei Jahren unterstützt, Handlungsstrategien zur Förderung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität zu entwickeln. Das Patenprogramm dazu war eigentlich „Kommune Goes International“ (kurz: KGI) vom IJAB e.V., das wir nur adaptiert haben. Uns war wichtig, dass sowohl die Jugendlichen als auch die Fachkräfte in



den Blick genommen werden und dass sie dafür auch die kommunalpolitische Rückendeckung haben, in dem sie sich einen politischen Auftrag durch Kreistag oder Jugendhilfeausschuss holen. Wichtig war uns außerdem, dass sie diesen Prozess mit den Trägern und Fachkräften im Kreis gemeinsam gestalten. Dafür haben wir jährlich je Kreis 5.000 Euro für Unterstützung des Prozesses durch Berater/-Innen oder Coaches sowie 15.000 Euro für die praktische Erprobung ihrer Ideen, Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen des Projektes, Dokumentation etc. bereitgestellt. Das Programm führen wir bis heute fort. Mittlerweile haben sich insgesamt vier Landkreise, zwei kreisangehörige Städte und vier Gemeinden, die sich für das Programm zu einem Gemeindeverbund zusammengetan haben, beteiligt. Aus diesen Projekten hat sich eine landesweite Netzwerkgruppe zur Förderung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität entwickelt, die sich etwa viermal im Jahr trifft.

» *Hat die EU-Jugendstrategie politische Prozesse in Brandenburg beeinflusst und zur Schärfung des europäischen Profils der Kinder- und Jugendhilfe beigetragen?*

«Bis 2013 hatten wir zwei getrennte Förderrichtlinien, einmal für die außerschulische Jugendbildung und einmal für die internationale Jugendarbeit. Wir haben den (KGI-)Gedanken aufgegriffen, dass internationale und europäische Jugendarbeit integraler Bestandteil der Jugendarbeit sein muss und haben 2014 beide Richtlinien zu einer zusammengefasst, die jetzt "Jugendbildung und



Jugendbegegnung" heißt. Internationale und europäische Jugendbegegnungen sind Jugendbildung. Gleichzeitig wollen wir damit auch den Ansatz der Europabildung fördern. Eine Fahrt nach Brüssel, natürlich mit entsprechendem europapolitischem Programm, ist eine wichtige Bildungsmaßnahme, auch wenn sie ohne die Begegnung mit belgischen Jugendlichen stattfindet.

Und ein Letztes noch: auf Landesebene haben wir als ein Ergebnis aus der gemeinsamen Teilnahme mit Berlin an dem Modellprojekt des BMFSFJ Handlungsempfehlungen zur Förderung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität erarbeitet, die der Landes-Kinder- und Jugendausschusses des Landes Brandenburg 2016 beschlossen hat. An diesem Prozess haben sich unterschiedliche Träger und Fachkräfte beteiligt. Darin heißt es unter anderem: „Ziel sollte es sein, dass alle jungen Menschen mindestens einmal in ihrer Jugendphase eine grenzüberschreitende Mobilitätserfahrung im Sinne der EU-Jugendstrategie machen.“ Das ist schon sehr ehrgeizig, aber daran zu arbeiten, ist eine lohnende Aufgabe.

» Was hat sich für junge Brandenburger durch die EU-Jugendstrategie geändert?

« Ich bin mir ganz sicher, dass, wenn man junge Menschen fragt, was denn die EU-Jugendstrategie sei, man ein „Bitte, was?“ zur Antwort bekommt. Aber ich finde auch nicht, dass es darauf ankommt. Die Frage zielt ja aber auch mehr auf die Wirkungen auf junge Menschen ab. Mit der Beschreibung, Feststellung und Messung von Wirkungen unseres Tuns bei (jungen) Menschen tun wir uns in der sozialen Arbeit aus gutem Grund ja auch sehr schwer. Ich würde mir nicht anmaßen wollen, zu sagen, dass die Umsetzung der EU-Jugendstrategie das Leben junger Menschen maßgeblich beeinflusst oder verändert hat. Aber das schmälert das Ganze auch in keinster Weise. Unser Job ist es doch, möglichst gute Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen in „Kleinsiedelchen“, Potsdam, Brandenburg, Deutschland oder in Europa zu schaffen. Das ist mitunter ein sehr mühseliges Geschäft, weil es sich aus vielen kleinen Puzzleteilen zusammensetzt, die am Ende ein Gesamtbild ergeben. So tut jeder das Seine zur Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen und in der Gesamtheit hat es dann auch Einfluss auf die Perspektiven und das Aufwachsen junger Menschen.

Um das Beispiel mit den Fachkräften von vorhin noch einmal aufzugreifen: wenn ich Fachkräfte qualifiziere



und versuche Hemmungen in der Zusammenarbeit mit Fachkräften aus einem anderen Land zu nehmen, hat das erst einmal überhaupt keinen unmittelbaren Einfluss auf die jungen Menschen vor Ort. Ich kann nur hoffen und annehmen, dass die Fachkraft sich aber zu einem späteren Zeitpunkt entschließt, vielleicht eine Jugendbegegnung zu organisieren. Und wenn nicht, dann nicht. Aber das habe ich dann nicht mehr in der Hand. Ich kann nur versuchen, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass es passiert.

» **Worin bestehen die größten Herausforderungen für die künftige Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Brandenburg?**

«Das kann ich relativ klar sagen: dass wir zu viel von ihr erwarten und dass wir uns letztlich überfordern und enttäuschen. Wenn für mich eines aus den vergangenen acht Jahren deutlich geworden ist, dann ist es, dass wir das Tempo, das wir zu Beginn des Umsetzungsprozesses vorgelegt haben, auf Dauer nicht durchhalten können. Und das wir es auch zukünftig sehr schwer haben werden, zu erklären, was denn nun das Spezifische an der EU-Jugendstrategie, der konkrete Nutzen und die praktischen Wirkungen sind. Zu jedem der hier von mir genannten Beispiele lässt sich trefflich fragen: „und was hat das mit der EU-Jugendstrategie zu tun? Das kann man doch auch ohne machen.“ Vollkommen richtig. Und dennoch steht es alles in einem Kontext der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa und hat von daher sehr viel mit der EU-Jugendstrategie zu tun.

» **Was sollte bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie verbessert werden?**

«Was mir sehr am Herzen liegt, ist die Unterstützung der lokalen Ebene in dem Umsetzungsprozess. Da sind wir alle und insbesondere wir in den Ländern gefordert. Gerade vor Ort haben wir es in Brandenburg sehr häufig mit vielen kleineren Trägern zu tun, die über nur sehr wenig hauptamtliche Man- und Womanpower verfügen. Für diese Träger brauchen wir eine größere Durchlässigkeit für die Förderung von Maßnahmen. Was ich damit meine, ist, dass wenn die zukünftige EU-Jugendstrategie noch enger mit dem Programm Erasmus+-JUGEND IN AKTION verschränkt werden und das Programm das zentrale Finanzierungsinstrument zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie darstellen soll, dann müssen wir hier für niedrigschwelligere Zugangsmöglichkeiten sorgen. Die Antragstellung ist für diese Träger sehr aufwändig und umfang-

reich. Was ich in letzter Zeit wahrnehme und was mir wirklich und ernsthaft Sorgen bereitet, ist die Tatsache, dass sich immer mehr Träger von Erasmus+ abwenden, weil sie sagen, dass sie nicht mehr Willens und im Stande sind den Aufwand für eine Antragstellung zu leisten. Und schließlich kommt dann auch noch der Frust dazu, wenn sie den zeitraubenden und komplizierten Antrag endlich fertig haben und eine Förderablehnung bekommen. Das heißt, sie verzichten auf die Möglichkeit einer Förderung aus dem Programm und nehmen entweder Abstand von Projekten oder versuchen, die Finanzierung durch Spenden oder ähnliches zusammen zu bekommen. Das widerspricht dem Bestreben, Europa auch vor Ort stärker zu etablieren, wenn sich die örtliche Ebene gleichzeitig abwendet. In der erwähnten landesweiten Netzwerkgruppe bei uns ist das schon mehrmals Thema gewesen und eine Idee zur Lösung war, eine landesweite Stelle zu schaffen, die insbesondere kleineren Trägern die Anträge schreibt oder sie zumindest bei der Antragstellung unterstützt. Klar, das ist natürlich eine Idee, aber das kann doch nicht der Ansatz sein. Ich denke, hier braucht es einen Perspektivwechsel und eine Überarbeitung des Antragsverfahrens einschließlich der Vordrucke.

» **Welche Themen und Instrumente wären für wichtige Anknüpfungsmöglichkeiten in Brandenburg wünschenswert?**

«Ich nehme wahr, dass es einen ziemlich breiten Konsens in der Fachdebatte gibt, dass die Anzahl an Themen einer zukünftigen EU-Jugendstrategie konzentriert werden sollten und das insbesondere Themen wie Beteiligung/Demokratiebildung/Engagement, Stärkung der Mobilität, Inklusion/Diversität, Solidarität/gesellschaftlicher Zusammenhalt/Europäische Bürgerschaft oder Digitalisierung dabei im Vordergrund stehen. Hieran gibt es auch ein Interesse in anderen EU-Mitgliedsstaaten, zumindest soweit mein Überblick reicht. Hier sollten wir den europäischen Impuls, der von einer neuen EU-Jugendstrategie ausgehen kann, nutzen.

Ich gehe ganz schwer davon aus, dass das Voneinander-Lernen auch in der zukünftigen EU-Jugendstrategie ein wesentliches Umsetzungsinstrument darstellen wird. Darüber wäre ich sehr froh, denn darauf baut aus meiner Sicht so vieles auf. Wenn wir die Kolleg-/Innen vor Ort nicht mit im Boot haben, werden wir nur langsam vorankommen. <<<<



Eine EU-Jugendstrategie, die junge Menschen und Akteure in den Mittelpunkt stellt

Die AGJ plädiert dafür, den Mehrwert und die Relevanz der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa noch stärker erfahrbar zu machen. Der jugendpolitische Auftrag soll sich zukünftig mehr auf die fünf Kernaufgaben, wie z. B. grenzüberschreitende Mobilität, Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft und des Engagements in und für Europa, konzentrieren. Die AGJ fordert, dass die jugendpolitischen Ziele gegenüber beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Aspekten profiliert werden, Jugendpolitik muss als Querschnittsthema erkennbar in andere EU-Politikfelder bzw. -strategien wirken. Ab 2019 wäre eine auf einen längeren Zeitraum angelegte Jugendstrategie wünschenswert, welche auf eine zielgerichtete Nutzung des Instruments der Arbeitspläne setzt, um auf mittelfristige politische Änderungen flexibel reagieren zu können. Die jugendpolitische Zusammenarbeit sollte zunehmend an den Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet sein und stärker auf die Zielgruppe der benachteiligten und beeinträchtigten junge Menschen sowie der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe abzielen. Gesichert werden muss eine breite Beteiligung der unterschiedlichen politischen Ebenen und zivilgesellschaftlichen Akteure an der Konzeption und Umsetzung der künftigen EU-Jugendstrategie. Die Instrumente der EU-Jugendstrategie haben die Aufgabe eine breite Beteiligung zu garantieren, weiterentwickelt werden muss das Instrument des Strukturierten Dialogs, damit mehr junge Menschen aus benachteiligten Zielgruppen für die Teilnahme am Dialogprozess gewonnen werden können. Notwendig ist eine europaweite Verbesserung der Informationspolitik über die EU-Jugendstrategie, Peer-Learning und Jugendforschung müssen ausgebaut werden. Eine gelingende europäische jugendpolitische Zusammenarbeit braucht ein solides finanzielles Fundament, welches z. B. durch Erasmus+ JUGEND IN AKTION und ggf. eigene konkrete Förderformate sichergestellt werden kann.

Auszug aus dem AGJ-Positionspapier „Fortführung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa ab 2019 – Zwingende Voraussetzungen einer gelingenden europäischen Jugendpolitik!“

Die externe Evaluation der EU-Jugendstrategie, die die EU-Kommission im Juli 2017 veröffentlicht hat und auf Befragungen der Zivilgesellschaft fußt, betont: „Dort, wo aus der EU-Jugendstrategie Anregungen aufgegriffen wurden, hat dies konkrete Veränderungen – in Politik oder in Organisationen und Strukturen – angeschoben. (...) Der Strukturierte Dialog und das Peer-Learning werden als Aktivitäten genannt, die am stärksten zur Relevanz und zum Erfolg der Strategie beigetragen haben.“

Wir in der BAG Evangelische Jugendsozialarbeit haben die Europäische Jugendpolitik seit langem im Blick und gestalten diese aktiv mit. Wie alle Akteure in der Jugendsozialarbeit nehmen wir wahr, dass sich die Europäische Jugendpolitik stark entwickelt hat und einen ausgesprochen wichtigen Beitrag für Europa leistet. Bezogen auf die jungen Menschen sind diese Erfolge aber immer noch zu selten spürbar, vor allem nicht bei den jungen Menschen mit geringeren Chancen und mit erschwerten Zugängen. Dort wo es gelingt, benachteiligte junge Menschen in die Strukturen der Europäischen Jugendpolitik und in die EU-Jugendprogramme einzubeziehen, sind die Erfolge großartig und die Kompetenzsprünge signifikant. Aber in Summe betrachtet, sind hier die Erfolge und Maßnahmen noch sehr begrenzt. Wie die BAG Katholische Jugendsozialarbeit in ihrer Stellungnahme „Eine Jugendstrategie für alle jungen Menschen in Europa“ richtig formuliert: „Um adäquate Beteiligungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche zu erreichen, sind mehr Ressourcen und neue Zugänge für „barrierefreie“ Beteiligungsprozesse erforderlich. Die Ermöglichung transnationaler Mobilität insbesondere für benachteiligte Jugendliche muss zum vordringlichen Ziel der jugendpolitischen Strategien auf europäischer bzw. jeweils nationaler Ebene werden. Hierzu ist eine ausgeweitete und gesicherte finanzielle Förderung unabdingbar. Darüber hinaus sind verlässliche Stützstrukturen notwendig, die eine Einbeziehung benachteiligter junger Menschen in grenzüberschreitende Maßnahmen gewährleisten.“ Fazit: Die Jugendsozialarbeit wünscht sich eine EU-Jugendstrategie, die sich daran messen lässt, wie es ihr noch besser gelingt, junge Menschen mit eingeschränkten Zugängen zu beteiligen.

Hans Steimle, BAG Evangelische Jugendsozialarbeit



Um die EU-Jugendstrategie ernst zu nehmen, müssen junge Menschen mit ihren Anliegen und Bedarfen ernst genommen werden. Das allein macht Beteiligung und echte Partizipation bei einer Jugendstrategie zwingend notwendig. Damit Beteiligung funktioniert, muss die Strategie aber auch dort ankommen wo die jungen Menschen sind, nämlich auf örtlicher und regionaler Ebene. Deshalb wünschen wir uns eine EU-Jugendstrategie, die nicht nur die nationale Ebene in den Blick nimmt, sondern auch Anknüpfungspunkte auf den unteren Ebenen bietet. Aber nicht nur in den Ebenen, auch in den Feldern muss es vielseitige Möglichkeiten geben anzusetzen, nicht nur im Jugendressort. Wünschen sich junge Menschen zum Beispiel mehr offene Grenzen, Umweltschutz, fairen Handel, Glasfaser oder mehr Europabildung in allen Schularten? Ja, das und noch viel mehr, denn junge Menschen haben Anliegen in vielen verschiedenen Politikfeldern. Gehört zu werden und die Möglichkeit zu haben sich einzubringen ist demokratisch, motivierend und bestärkend, Empowerment ist hier das wichtige Stichwort. Verpuffen die eingebrachten Impulse spurlos und gibt es keinerlei Feedback, ob positives oder negatives, wird die Partizipation nicht spürbar. Deshalb ist es eine wichtige Forderung, die Wege der konkreten politischen Entscheidungsfindung nach zu zeichnen und die Frage beantworten zu können, die unweigerlich gestellt wird: „Und was ist jetzt damit passiert?“

Der Bayerische Jugendring setzt sich für eine starke EU-Jugendstrategie ein und sieht auch Jugendorganisationen und -strukturen als Akteure der Umsetzung dieser Jugendstrategie. Diese mit ins Boot zu holen und nicht durch eine Unterausstattung der Programme oder zu hohe Bürokratische Hürden von der Umsetzung abzuhalten muss Teil der neuen EU-Jugendstrategie sein. Wir wünschen uns das daran gearbeitet wird, dass junge Menschen, die sich aus ganz unterschiedlichen Situationen und Hintergründen heraus, für Europa engagieren oder in Brüssel informieren wollen, Zugänge bekommen und nicht abgeschreckt werden. Es muss mehr Möglichkeiten geben Europa und Europapolitik zu erleben, zu verstehen und das Gefühl zu haben, ein Teil des „Großen Ganzen“ zu sein.

Lea Sedlmayr, Bayerischer Jugendring
www.bjr.de/service/beschluesse

Wer die derzeitige europäische Wirklichkeit wahr- und ernst nimmt, der muss zu dem Schluss kommen: Die erneuerte Zusammenarbeit im Jugendbereich ab 2019 sollte unbedingt die Schlüsselrolle, die junge Menschen und ihre Organisationen für das derzeitige und zukünftige Europa einnehmen, mehr ins Zentrum stellen. Der Strukturierte Dialog als zentrales Partizipationsinstrument der Jugendstrategie hat bewiesen, dass junge Menschen als Experte ihrer Lebenswelten Themen, Ideen und Anregungen für Politikgestaltung haben. Und dies auf allen Ebenen. Die Ergebnisse der aktuellen Runde unter der Fragestellung „Youth in Europe. What's next?“ hat in Deutschland folgende Anliegen junger Menschen hervorgebracht: Erneuerbare Energie fördern, Klimaziele einhalten, Lernen ohne Leistungsdruck ermöglichen, einen guten Einstieg ins Arbeitsleben finden und eine gemeinsame und solidarische EU-Asylpolitik umsetzen. Wichtige Themen, die nicht nur für junge Menschen relevant sind und über das Ressort Jugend hinausweisen. Der Strukturierte Dialog braucht zukünftig jedoch deutlich weniger Abfragecharakter und mehr kontinuierliche Kommunikation zwischen Entscheidungsträger und jungen Menschen und die Verankerung in den zuständigen Stellen der EU. Auch sollten junge Menschen von dort eine jugendgemäße Rückkopplung von Prozessen und Ergebnissen erhalten. Die Jugendorganisationen, die kontinuierlich oder in Projekten dazu beitragen, dass der Strukturierte Dialog auf der kommunalen, regionalen oder transnationalen Ebene ansprechend umgesetzt wird, müssen strukturell und finanziell besser für diese Aufgabe ausgestattet werden. Die neue EU-Jugendstrategie braucht weitere Ansätze, die die Bedeutung Europas und der EU junge Menschen in ihrem Lebensalltag mehr spüren lässt. Deshalb ist es zudem notwendig, die Strategie und das Förderprogramm Erasmus+ JUGEND IN AKTION, insbesondere auch im Format des Strukturierten Dialogs besser zu verzahnen. Diese Chance ist jetzt in besonderer Weise gegeben. Das Programm sollte ab 2021 mehr der Strategie folgen. Denn Europa braucht die Stimmen junger Menschen und es braucht junge Menschen mit Wertebewusstsein und Persönlichkeit, mit Engagement und Demokratiebewusstsein.

Doris Klingenhagen, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V.



„Schwimmen lernt man nur im Wasser“: Die Stadt Wiesbaden stellt sich international auf

Die Stadt Wiesbaden befasste sich bereits vor Verabschiedung der EU-Jugendstrategie mit der Europäisierung und Internationalisierung ihrer kommunalen Jugendarbeit. Dafür schaffte die Stadt nicht nur politische Rückendeckung, sondern auch eine dauerhafte Finanzierung. Die Stadt zählt zu den Vorreitern und Modellkommunen in Sache Europäisierung.

JUGEND für Europa führte ein Gespräch mit Hildegunde Rech, Leitung Abteilung Jugendarbeit im Amt für Soziale Arbeit zur Europäisierung der Jugendarbeit in Wiesbaden. Dabei wurde der Mehrwert einer internationalen Öffnung erörtert und Empfehlungen an die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa formuliert.

» Was hat Wiesbaden zur Europäischen und Internationalen Jugendarbeit geführt?

«In den 1990er Jahren gab es auf europäischer Ebene diverse Entwicklungen, die Europa besonders geprägt haben. Es wurden neue Verträge zwischen den Mitgliedsstaaten geschlossen, darunter auch den Vertrag von Maastricht, der die Unionsbürgerschaft einführte und damit den europäischen Bürgern ein unbegrenztes Reise- und Aufenthaltsrecht in der EU gewährte. Aus unserer Sicht sollte dies besonders Einfluss auf das Leben der zukünftigen Generationen haben, insbesondere was die Anforderungen an die Mobilität junger Menschen betraf. Uns war auch klar, dass sich hierdurch die Berufswelt ändern würde. Die aktuellen Umstände geben uns recht: Es wird von den jungen Menschen erwartet, dass sie mobil sind, mehrere Sprachen sprechen und dass sie sich in einem interkulturellen Umfeld mühelos bewegen können.

» Welchen Beitrag liefert aus Ihrer Sicht Jugendarbeit mit Blick auf diesen Anforderungen?

«Es ist auch Aufgabe der Jugendarbeit einen Beitrag dafür zu leisten, dass junge Menschen die für Ihre Zukunft nötigen Kompetenzen erwerben und gestärkt werden. Methoden der Jugendarbeit erzielen in dieser Hinsicht besondere Ergebnisse: Nichts ist stärker als die eigene Erfahrung und das eigene Erlebnis, vor allem gilt dies natürlich für junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf. Jugendbegegnungen oder pädagogisch begleitende Jugendreisen haben da eine ganz große Wirkung.

» Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen um „Mehr Europa in die kommunale Jugendarbeit“ zu bringen?

«In erster Linie ging es darum die Zielgruppe, d.h. junge Menschen und ihre Eltern, über bestehende Angebote zu informieren. Hierfür wurde die Messe „Hessen Total International“, eine Kooperation zwischen der Kommunalen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der freien Jugendarbeit und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, ins Leben gerufen. Allerdings verfolgten wir mit der Veranstaltung zunächst die Absicht jungen Menschen mit erhöhtem Förderbedarf anzusprechen, mussten jedoch schnell feststellen, dass es dafür eine andere Art der Ansprache und der Kontaktaufnahme bedarf um diese Zielgruppen zu erreichen. Es war sozusagen ein Learning by doing.

Darüber hinaus wollten wir natürlich die Fachkräfte und die Jugendarbeit insgesamt stärken und europäisch ausrichten. Hierfür veranstaltet das Organisationsteam von „Hessen total International“ regelmäßig Fachtagungen, zu denen Fachkräfte aus ganz Hessen eingeladen werden. Die nächste Tagung wird sich mit der Frage der politischen Dimension von Jugendarbeit beschäftigen – ein Thema, was nicht nur in Hessen, sondern auch in ganz Deutschland und Europa viele Fachkräfte beschäftigt.

Gestartet sind wir aber mit allen kommunalen Jugendzentren in Wiesbaden. Inzwischen haben alle sieben Einrichtungen internationale Partner, mit denen Austausche stattfinden.

» In Wiesbaden haben Sie einen Schwerpunkt auf die Erreichung und Beteiligung von jungen Menschen mit geringeren Chancen gesetzt. Dies ist auch ein ausgesprochenes Ziel der EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung in Deutschland gewesen. Welche besonderen Maßnahmen haben Sie hierfür getroffen?

«In Wiesbaden sollen alle Jugendlichen die Möglichkeit haben internationale Erfahrungen zu machen können, unabhängig persönlicher Voraussetzungen. Um das Si-



herzustellen fokussieren wir uns auf die Jugendlichen, die mit den bisherigen Formaten nicht erreicht wurden.

Das Zauberwort heißt „Beziehung“. Offene Ausschreibungen kommen bei dieser Zielgruppe nicht an. Einige wissen vielleicht davon, fühlen sich aber nicht angesprochen oder gar berechtigt teilzunehmen. Wir haben also über die Jahre ein Netzwerk von Multiplikatoren aufgebaut, das wir immer weiter qualifizieren und das ein Bindeglied zu den jungen Menschen bildet. Wir sind auch dabei ein Peer-Netzwerk aufzubauen, denn junge Menschen, die selber eine internationale Mobilitätserfahrung gemacht haben, sind die besten Botschafter. Hierfür müssen sie aber zunächst qualifiziert werden, bzw. geeignetes Handwerkzeug bekommen um z.B. präsentieren zu können.

Außerdem haben wir Geld in die Hand genommen. Die Förderinstrumente, darunter Erasmus+ JUGEND IN AKTION, decken nicht alle Kosten eines Projektes ab. Wir bieten also Zuschüsse an für Träger und Organisationen, mit denen wir die europäischen Förderungen ergänzen, damit Jugendliche mit geringeren Chancen beteiligt werden können. Die Stadt Wiesbaden setzt sich zum Ziel, jedes Jahr für 10% junger Menschen mit geringeren Chancen eine grenzüberschreitende Mobilitätsmaßnahme zu ermöglichen.

» Was erwarten Sie von der zukünftigen EU-Jugendstrategie und ihrer Umsetzung?

« Wir haben in Wiesbaden nicht auf die EU-Jugendstrategie gewartet um aktiv zu werden, dennoch würden wir es begrüßen, wenn die EU-Jugendstrategie die Bedürfnisse von Gemeinden und Kommunen stärker in den Blick nehmen würde. Junge Menschen leben in Kommunen, für deren Wohlergehen sind meistens die Kommunen und die kommunale Jugendarbeit zuständig. Europa sollte es mit der Dezentralisierung also ernst meinen und nicht nur Aufgaben verteilen, sondern auch Finanzierungsmöglichkeiten bieten. Wir würden uns eine Finanzierung wünschen, die nicht nur auf das Antragswesen, sondern auch auf Schlüsselzuweisungen für größere Planungssicherheit beruht. Vor allem in der Arbeit mit benachteiligten Menschen ist diese Planungssicherheit wichtig. Es geht nicht, dass man sie für die Konzeption eines Projektes gewinnt und ihnen dann sagen muss, dass das Projekt nicht stattfinden wird, weil die Förderung abgelehnt wurde.

Außerdem sollte es einen vermehrten und vor allem direkteren Dialog mit den Akteuren auf der kommunalen Ebene geben, denn einige EU-Prozesse könnte man ja auch von unten ansetzen ...





Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft, in Deutschland und in Europa

Die Auswertung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie hat gezeigt, dass diese für die nationale Jugendpolitik einen Mehrwert darstellt, wenn sie als Inspirations- und Wissensquelle aktiv genutzt wird.

Sie ist auch dann von besonderer Bedeutung, wenn durch die gemeinschaftlichen Ziele Themen auf nationaler Ebene mehr Bedeutung und Aufmerksamkeit erhalten und für politischen Rückenwind sorgen.

In Deutschland erfolgte die Umsetzung der EU-Jugendstrategie im Rahmen und in Verbindung mit der nationalen Jugendstrategie.

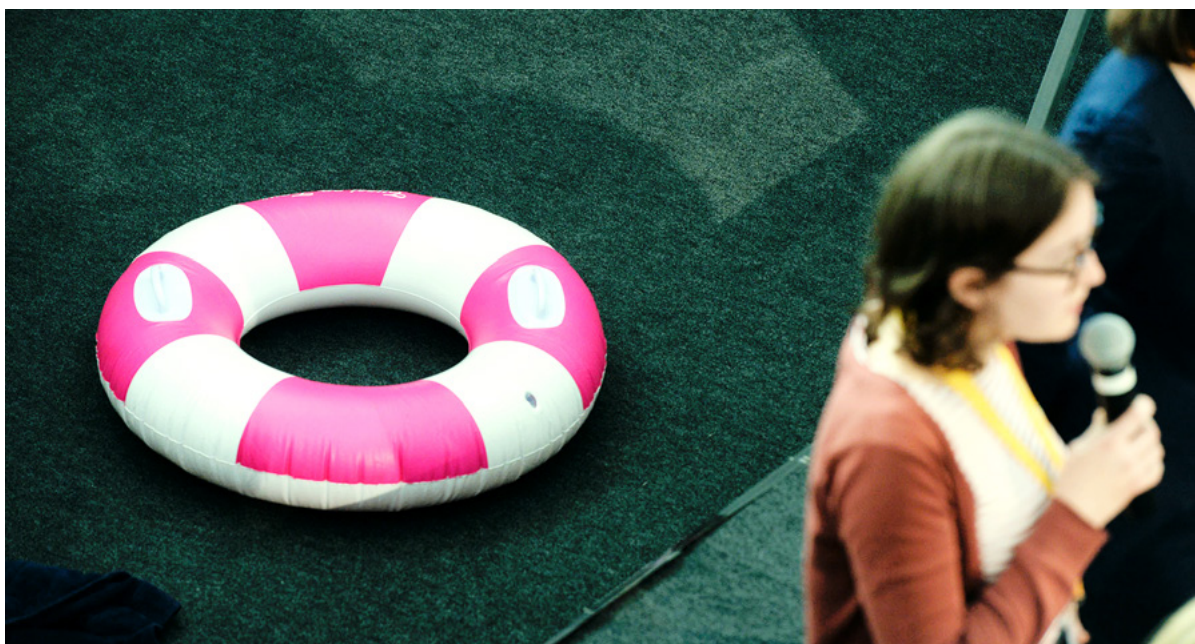
Mit der EU-Jugendstrategie konnten – je nach Mitgliedsstaat sehr unterschiedlich – politische oder strukturelle Veränderungen im Jugendbereich angeregt werden. In Deutschland verstand man den Auftrag „Impulse aus Europa nutzen“ so, dass für eine stärkere Verknüpfung der EU-Jugendstrategie mit den Jugendstrategien von Bund und Ländern gesorgt werden müsse. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend machte die Umsetzung der EU-Jugendstrategie zum Teil der nationalen Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Diese Verknüpfung sollte einerseits Synergien entfalten, andererseits sollten nationale und europäische Konzepte und Initiativen gemeinsam für die Entwicklung eines umfassenden jugendpolitischen Ansatzes genutzt werden.

Jugendgerechtes Europa, jugendgerechtes Deutschland

Die Verbindungslinien zwischen der EU-Jugendstrategie und der nationalen Jugendstrategie bilden die

drei zentralen fachlichen Schwerpunkte Partizipation, Übergänge und Anerkennung der nicht-formalen Bildung. Beide Strategien nehmen die Zielgruppe aller 12- bis 27-Jährigen und ihrer Beteiligung im Blick und betrachten dabei die kommunale Verankerung als entscheidend. Darüber hinaus heben beide jugendpolitische Prozesse die positiven Aspekte von Jugend heute hervor – zu oft wird das verzerrte Bild einer orientierungslosen, unzulänglichen und versagenden Jugend vermittelt. Ziel ist, den Leistungen Jugendlicher höhere Anerkennung zu verschaffen und ihnen die Unterstützung und die Freiräume zu bieten, die sie für ihre Entwicklung zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten brauchen.

Für alle Ebenen – sei es kommunal, national oder europäisch – gilt der Grundsatz der Jugendgerechtigkeit. „Unsere Gesellschaft braucht die Jugend, denn sie trägt maßgeblich zu Entwicklung und Innovation bei. Und unsere Jugend braucht eine Gesellschaft, in der sie ihre Wünsche und Interessen realisieren kann.“





In der Jugendstrategie des BMFSFJ wird dies mit den sogenannten Referenzkommunen ausprobiert, sie gestalten ihre Politik gemeinsam mit jungen Menschen und wichtigen gesellschaftlichen Akteuren vor Ort. Darunter sind auch Kommunen zu finden, für die Europa in der örtlichen Realität wichtig ist.

Entwicklung und Innovation in Kommunen finden heute oft in einem europäischen und internationalen Kontext statt, genauso wie die Lebenslagen und Lebenswelten junger Menschen durch internationale Einflüsse mitbestimmt werden. Vor diesem Hintergrund haben jugendgerechte Kommunen auch die Aufgabe, ihren jungen Bürgern grenzüberschreitende Begegnungen und interkulturelle Erfahrungen zugänglich zu machen. Die Entwicklung einer jugendgerechten Kommune sollte darum gleichzeitig lokal und europäisch gedacht werden.

Jugendgerechte Kommunen profitieren, wenn junge Menschen aus internationalen Begegnungen mit mehr Verständnis für andere Kulturen, neuen Perspektiven und einem gewachsenen Selbstbewusstsein zurückkehren. Sie werden Botschafter für ein solidarisches und kulturübergreifendes Zusammenleben und bringen interkulturelle Kompetenzen auch für den lokalen Arbeitsmarkt mit. Sozial benachteiligte junge Menschen profitieren besonders von interna-

tionalen Maßnahmen. Sie erhalten Impulse für ihre soziale und berufliche Integration und finden leichter einen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Eine gleichzeitig lokal und europäisch ausgerichtete Kommune denkt auch die Beteiligung junger Menschen global. Der Strukturierte Dialog bietet jugendgerechten Kommunen ein Format, Erwartungen junger Menschen an die europäische Politik und ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten im Dialog mit lokalen Entscheidungsträgern zu formulieren und dies in die europäischen Institutionen zu kommunizieren.

Nicht zu vergessen sind dabei die Fachkräfte und Organisationen in der nationalen Jugendhilfe und Jugendarbeit. Auch hier bietet die EU-Jugendstrategie einen Mehrwert für die konkrete Arbeit. Die zahlreichen Ergebnisse und Erkenntnisse aus europäischen Modellprojekten, aus grenzüberschreitendem Peer-Learning und themenbezogenen Expertengruppen der EU zu fachlichen Fragen der Jugendhilfe haben einen Ort der Verbreitung in der Jugendstrategie des BMFSFJ: die „Werkzeugbox Jugend gerecht werden“.

Die Verbindung beider Prozesse – Jugendstrategie des BMFSFJ und Umsetzung der EU-Jugendstrategie – haben aus Sicht der letztgenannten auf jeden Fall zu einem „Mehr Europa in der Kinder- und Jugendhilfe“ beigetragen. <<<<<



„Die EU-Jugendprogramme als Instrumente der EU-Jugendstrategie stärken“

Hans-Georg Wicke, Leiter von JUGEND für Europa, reflektiert im Interview die Verbindung zwischen EU-Jugendstrategie, Erasmus+ JUGEND IN AKTION und das künftige Europäische Solidaritätskorps und wie diese in Zukunft stärker erfolgen könnte.

» Im Prinzip wurden die EU-Jugendprogramme und die EU-Jugendstrategie bislang mehr oder weniger getrennt voneinander entwickelt oder gab es etwa einen starken Einfluss des damaligen Programms JUGEND IN AKTION?

« Den gab es durchaus. Man könnte sogar sagen, dass die jugendpolitische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zunächst durch die fachlichen und politischen Grundlagen entstanden ist, durch die EU-Jugendprogramme und insbesondere das Vorgängerprogramm von Erasmus+ JUGEND IN AKTION, geschaffen wurden.

Erstmals mit dem EU-Programm JUGEND IN AKTION 2007-2013 war der direkte Zusammenhang zur Jugendpolitik deutlicher, allerdings noch nicht selbstverständlich. Der Rechtstext selbst verwies erstmals darauf, dass das Programm als Mittel zum Ausbau der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU gesehen wurde. Die Nationalagenturen, die für die Verwaltung und Umsetzung des Programms zuständig waren, wurden aufgrund dessen in dieser Rolle als wesentliche Mittler und Unterstützer gesehen. Dieses gilt vom Grundsatz auch heute immer noch.

JUGEND für Europa hat diese Rolle immer gestaltend verstanden. Wir haben es zur Aufgabe gemacht, für den Transfer der jugendpolitischen Ziele in die Projektpraxis und in die nationale Jugendpolitik zu sorgen.

» Wodurch hat sich die Verbindung zwischen der EU-Jugendstrategie und Erasmus+ JUGEND IN AKTION in den letzten Jahren bemerkbar gemacht? Was hat JUGEND für Europa hier aktiv beigetragen?

« Sehr viel deutlicher und ausdrücklicher wurde dieser Zusammenhang erstaunlicherweise mit der Verabschiedung von Erasmus+ und einem eigenen jugendspezifischen Kapitel. Dieses formuliert sehr viel mehr explizite Bezüge zwi-

schen der EU-Jugendstrategie, deren Zielen und Inhalten und dem Programm. Diese finden sich dann auch im Beschluss zur EU-Jugendstrategie wieder. Daraus leiten sich auch erweiterte Anforderungen an die Nationalagenturen ab, die oben erwähnte Mittler- und Unterstützerrolle vor dem Hintergrund der nationalen Kontexte wahrzunehmen. Insofern hängt es immer davon ab, was in der Praxis daraus gemacht wird.

Für JUGEND für Europa war es wichtig, das Programm als ein Instrument zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie zu verankern; gemeinsam mit den Akteuren, die an der Umsetzung der EU-Jugendstrategie beteiligt sind. Diese Verbindung haben wir in den letzten Jahren durch vielfältige Maßnahmen zum Ausdruck gebracht. Zum Beispiel haben wir auf der Launching-Tour, die wir zum Auftakt des Programms Erasmus+ JUGEND IN AKTION mit den Bundesländern durchgeführt haben, diese Verbindung thematisiert und die Möglichkeiten des Programms zu Unterstützung jugendpolitischer Prozesse eröffnet. Das Forum zu Perspektiven europäischer Jugendpolitik war und ist ein wesentlicher Baustein in der Verbindung von Programm und Politik.

Außerdem ist ein daraus abgeleiteter Schwerpunkt unserer Arbeit, mehr Europa in die Kinder- und Jugendhilfe zu bringen. Wir wollen die inhaltlichen und fachpolitischen Potentialen des Programms dazu nutzen, stärkere Anknüpfungspunkte zu den Einrichtungen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe herzustellen und eine stärkere europäische Ausrichtung ihrer Aktivitäten zu unterstützen. Dafür organisieren wir regelmäßige Austausch- und Vernetzungsaktivitäten, um die Verbindung zwischen Praxis und europapolitischen Debatten auf lokaler Ebene zu stärken. Die Verbindung wird zudem im Rahmen des Strukturierten Dialogs (Leitaktion 3) besonders deutlich, dem Beteiligungsinstrument für junge Menschen an der EU-Jugendstrategie, der im Programm einen eigenen För-





derschwerpunkt bildet.

Darüber hinaus war es uns als Nationale Agentur besonders wichtig, die Verbindung zur EU-Jugendstrategie in der Förderung im Programm herzustellen. JUGEND für Europa hat hierzu Förderstrategien in den Leitaktionen 2 und 3 des Programms erarbeitet, die sich an den jugendpolitischen Zielen orientieren. So bekommen die Träger Orientierung, wie sie ihre Projekte gestalten können, um zur Erreichung dieser Ziele beitragen zu können.

» **Warum ist eine engere Verbindung zwischen EU-Jugendstrategie und EU-Jugendprogrammen wünschenswert?**

« Es geht um die Entwicklung eines sozialen Europas, das jungen Menschen ein gelingendes Aufwachsen ermöglicht. Jugendpolitik, Jugendarbeit und Jugendprogramme in Europa sollten darin eine klare Rolle haben, sie sind unmittelbar miteinander verbunden. Eine klare und starke Verbindung mit der erneuerten EU-Jugendstrategie ist eine Voraussetzung für erfolgreiche, relevante und wirksame EU-Jugendprogramme. Gleiches gilt auch umgekehrt. Eine politische Strategie muss mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattet sein und die Umsetzung von Modellmaßnahmen ermöglichen, wenn sie Relevanz erhalten soll. Gleichzeitig ist es unmittelbares Ziel des Programms jenseits individueller Wirkungen auch sogenannte systemische Wirkungen zu erzielen, die in unserem Falle unmittelbar auf die Praxis von Jugendarbeit / Jugendhilfe, aber auch auf die Gestaltung von Jugendpolitik abzielen.

» **Wie kann zukünftig die EU-Jugendstrategie noch enger mit den EU-Jugendprogrammen verbunden werden?**

« Themen und Ziele der neuen jugendpolitischen Zusammenarbeit müssen sich in Erasmus+ JUGEND IN AKTION und im Europäischen Solidaritätskorps abbilden. Dies wären z.B. die grenzüberschreitende Mobilität zu Lernzwecken, soziale Integration und Diversität, aktive europäische Bürgerschaft oder die Teilhabe junger Menschen. Die politischen Schwerpunkte der EU-Jugendstrategie sollten sich auch in den Förderzielen und -prioritäten der Programme wiederfinden. Am Beispiel des Strukturierten Dialogs kann dies verdeutlicht werden. Junge Menschen sowohl an der Weiterentwicklung der EU als auch an demokratischen Prozessen zu beteiligen, zählt zu den jugendpolitischen Prioritäten. Um eine breitere Beteiligung als bisher zu gewährleisten, müssten zukünftig die Mittel für die Leitaktion 3 „Strukturierter Dialog“ im Erasmus+ JUGEND IN AKTION Programm erheblich ansteigen.

Allerdings funktioniert eine starke und wirkungsvolle Verbindung nur, wenn es auch dementsprechende Förderformate im Programm gibt. Dieses ist ein Manko des jetzigen Programms. Wir hoffen sehr, dass sich dies in den Vorschlägen für die neue Programmgeneration ändert und wirkungsvollere Förderformate zur Umsetzung jugendpolitischer Prioritäten vorgesehen werden. Jugendpolitische Strukturen und Traditionen benötigen zudem für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in den Mitgliedsstaaten eine gewisse Flexibilität in den Formaten, um die örtlichen Gegebenheiten angemessen berücksichtigen zu können.

Letztendlich erfolgt die EU-Förderung nach dem Prinzip der Impulsgebung. Die Impulse, die durch die Projekte angestoßen werden, werden anschließend in Verantwortung der jeweiligen lokal, regional und national zuständigen Entscheider weiter geführt. Dafür ist es wichtig, dass die EU-Jugendprogramme auch in den Mitgliedstaaten politisch verankert, d.h. in nationale politische und strukturelle Vorhaben eingebunden werden.

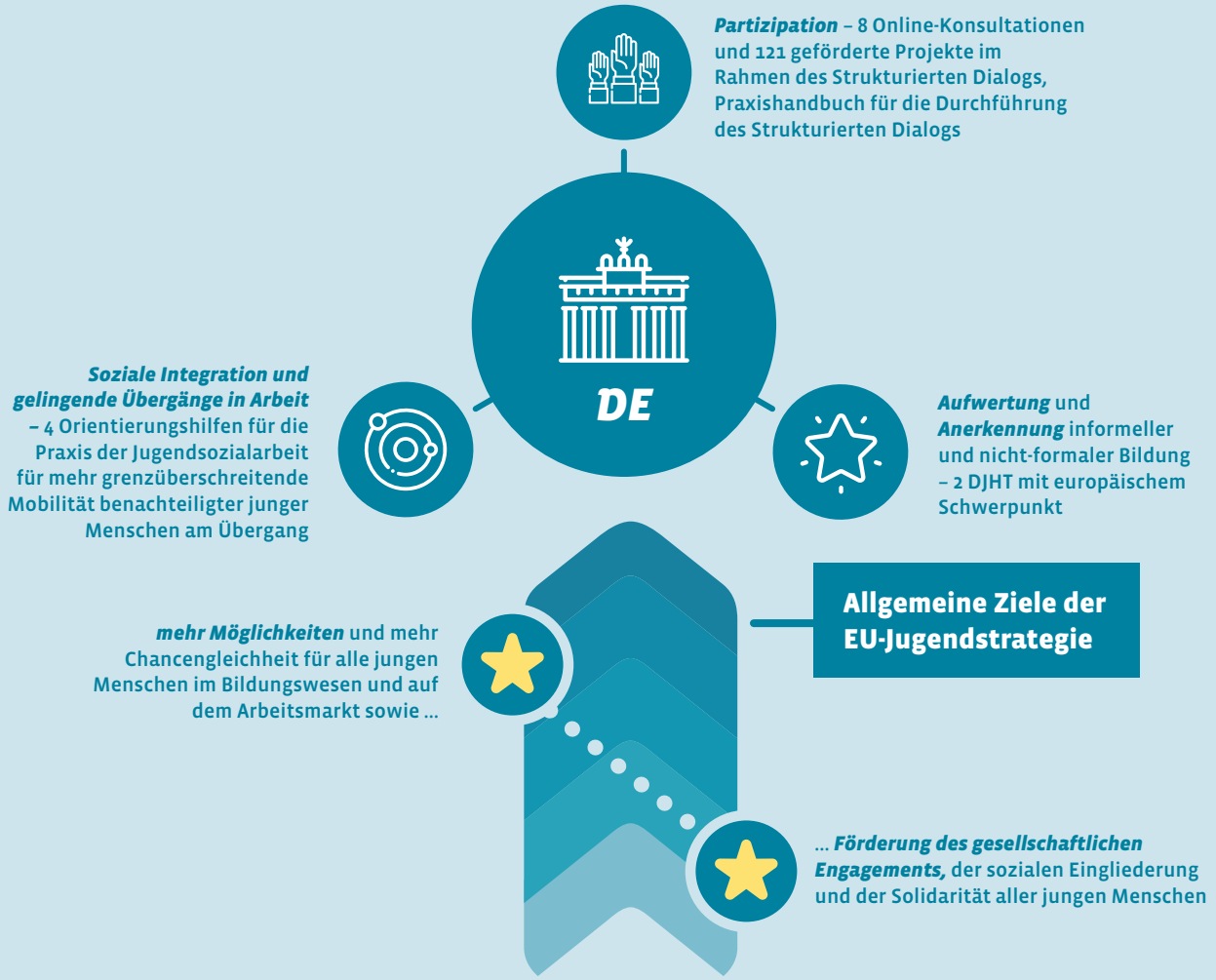
» **Wie könnte der Transfer der Ergebnisse aus EU-geförderten Projekten in die europäische Fachdebatte und in die Politikgestaltung, in Zukunft stärker erfolgen?**

« Wir müssen die Ergebnisse der geförderten Projekte bekannter machen. Es braucht außerdem einen Ort, an dem die aus den Programmen entstehenden Innovationen für die Kinder- und Jugendhilfe verbreitet werden können. Weiterhin müssen Instrumente geschaffen werden, um Ergebnisse und Wirkungen an politische Entscheidungsträger heranzutragen, politische Schlussfolgerungen zu ziehen und evidenzbasierte Politikgestaltung zu ermöglichen.

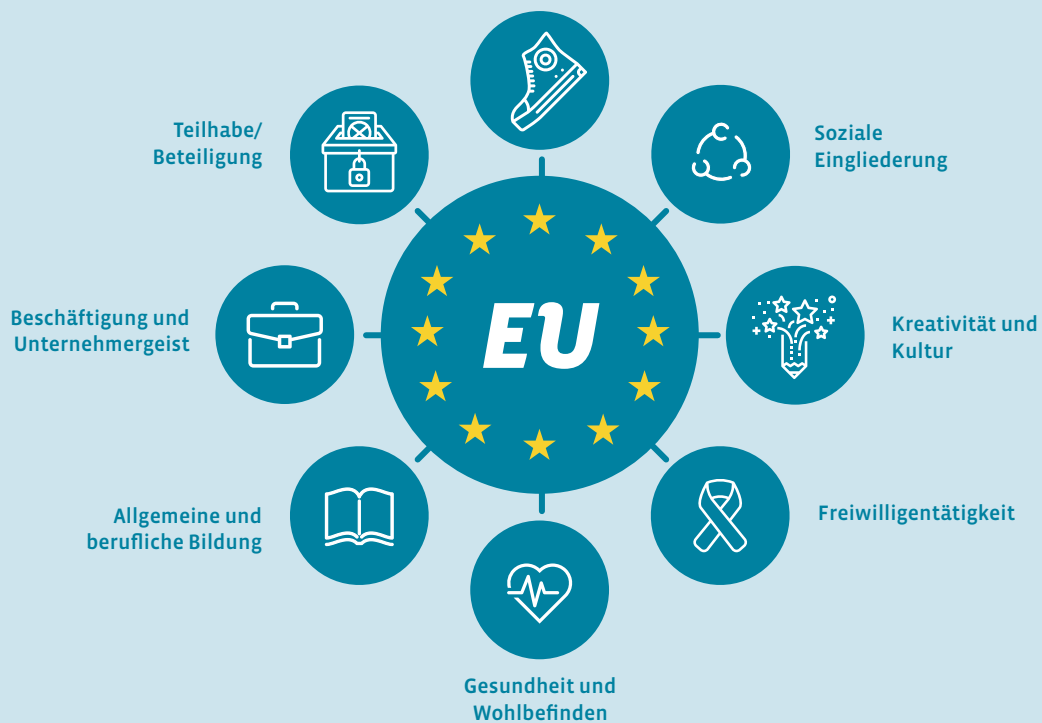
Um einen gelingenden Transfer konkreter Erkenntnisse und Ergebnisse aus der Projektförderung in politische und strukturelle Gestaltungsprozesse im Jugendbereich auf allen Ebenen zu gewährleisten, bedarf es unterstützender Strukturen an der Schnittstelle Politik und Programme. Es braucht eine abgestimmte Transferstrategie zwischen EU-Jugendstrategie und EU-Jugendprogrammen, um die mittelfristig angestrebten systemischen und strukturellen Wirkungen national und europäisch zu beschreiben. Dazu ist europäisch und national ein regelmäßiger Austausch zwischen Projektträgern, Politik und Verwaltung notwendig. <<<<



Die EU-Jugendstrategie in Deutschland auf einen Blick



Jugend in der Welt





BLICK AUS DER FORSCHUNG

Für eine ressortübergreifende EU-Jugendstrategie, die mehr als jugendpolitische Themen festlegt

Was hat die EU-Jugendstrategie in den vergangenen acht Jahren erreicht und wie kann eine neue EU-Jugendstrategie aussehen? Diese Frage stellen sich zurzeit sowohl Fachkräfte als auch Entscheidungsträger, die sich mit der EU-Jugendstrategie und europäischer Jugendpolitik beschäftigen. Das DJI hat den Umsetzungsprozess der EU-Jugendstrategie in Deutschland seit seinen Anfängen 2010 wissenschaftlich begleitet und kann auf Basis seiner Analysen Anregungen für eine neue EU-Jugendstrategie liefern.

TEXT: Frederike Hofmann-van de Poll und Patricia Friedrich, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Die große Stärke der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in der aktuellen Phase (2010 bis Ende 2018) ist es, dass Bund und Länder einen neuen Weg der Umsetzung supranationaler Strategien in Deutschland gegangen sind: Statt die Umsetzung hauptsächlich durch Einzelprojekte zu fördern, war es das Ziel, die Ideen und Impulse der EU-Jugendstrategie in die Breite zu tragen. Bund und Länder haben sich deshalb für eine gemeinsame politische Ausgestaltung des Prozesses entschieden.¹ Trotz alledem ist die EU-Jugendstrategie und ihre Umsetzung ein Insiderjob geblieben. Außer den Mitgliedern der Gremien und weiteren Personen aus der europäischen und internationalen Jugendarbeit beschäftigt sich – zumindest vordergründig – kaum jemand mit der EU-Jugendstrategie und den Impulsen, die sich daraus für die deutsche Kinder- und Jugendhilfe ergeben haben. So wiesen Mitglieder der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und des Beirats des Bundes zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland in ihren Sitzungen in den Jahren 2015-2016 darauf hin, dass Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bereichen als

der europäischen und internationalen Jugendpolitik aufgrund aktueller Themen wie Kita-Ausbau oder Geflüchtete keine Zeit haben, sich der Impulse aus der EU-Jugendstrategie anzunehmen.

Bisher wird „Europäische Jugendpolitik“ vor allem über diejenigen jugendpolitischen Themen definiert, auf die sich die Jugendminister aller EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen der jugendpolitischen Zusam-





menarbeit verständigt haben. In welcher Art und Weise die Mitgliedsstaaten die jeweiligen Themen und Zielsetzungen dann auf nationaler Ebene angehen, ist ihnen selbst überlassen. In Deutschland wird die EU-Jugendstrategie oft mit internationaler Mobilität, europaweiter Vernetzung und Erfahrungsaustausch gleichgesetzt.²

Nicht nur Jugendpolitik gestaltet die Lebenswelten junger Menschen

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung kann eine neue EU-Jugendstrategie jedoch viel mehr sein als ein „europäischer Impuls“ für die deutsche Kinder- und Jugendhilfe. Wie in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und auch in den anderen zur Umsetzung in Deutschland eingerichteten Gremien in Zusammenhang mit der Entwicklung einer neuen EU-Jugendstrategie ab 2019 diskutiert wurde, berührt die EU Jugendliche in beinahe allen Lebensbereichen. Gesetze und Regelungen, z.B. zum Datenschutz, und auch wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen sowie die Umweltpolitik der EU haben oft unmittelbar Auswirkungen auf deren Alltag. Die Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre und die damit zusammenhängenden Grenzöffnungen und -schließungen beeinflussen ebenfalls das Leben der Jugendlichen in der EU. Durch die Zuwanderung aus EU-Staaten ist Europa überdies längst in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe angekommen. Jugendliche interessieren sich für diejenigen Themen, deren Einfluss auf

ihr Leben sie wahrnehmen. Bislang wird der Frage, was die Rahmenbedingungen, die sich durch europäische (Jugend-)Politiken ergeben, für Jugendliche bedeuten, jedoch nur wenig Aufmerksamkeit zuteil. Europäische Politiken werden eher in Bezug auf ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg der Eurozone gemessen. Mit Blick auf Jugendliche werden sie tendenziell reduziert auf Fragen wie, welche Kompetenzen, Nachweise etc. Jugendliche für ihr Leben, ihre Bildung und ihren Übergang in die Arbeitswelt erwerben sollten.

Was bedeutet es, in Europa aufzuwachsen und welche Bezüge haben Lebenswelten von Jugendlichen zur EU? Wie kann sich eine europäische Jugendpolitik darauf ausrichten? Das sind Fragen, die Akteurinnen und Akteure sich selbst und den Jugendlichen stellen könnten, um Jugendpolitik noch europäischer werden zu lassen. Der jetzige Zyklus des Strukturierten Dialogs mit dem Titel „du »EUROPA« wir“, in dem es um die Fragen geht, welche Erwartungen an und welche Ideen zu Europa Jugendliche haben, ist hierfür ein guter Anfang. <<<<

1. Baumbast, Stephanie/Hofmann-van de Poll, Frederike/Rink, Barbara (2015): Wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland. Abschlussbericht der ersten Projektphase. München: DJI.

2. Riedle, Stephanie/Hofmann-van de Poll, Frederike (2018, i.E.): Jugendhilfe zwischen kommunaler Praxis und europäischen Jugendzielen: Wie kann es gelingen, jugendpolitische Strategien über mehrere Ebenen umzusetzen? In: neue praxis.



AKTUELLES VON JUGEND FÜR EUROPA

„Inclusion First“ – Vielfalt ist Chance und Bereicherung zugleich

Der Nationale Beirat für das EU-Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION hat gemeinsam mit JUGEND für Europa eine Inklusions- und Diversitätsstrategie für die Programmumsetzung in Deutschland vorgelegt.

Das Zusammenwachsen Europas bestimmt die Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen. Es öffnet ihnen neue Chancen eines „grenzenlosen“ und kulturell vielfältigen Miteinanders, verbunden mit besonderen Herausforderungen an die Herausbildung persönlicher und sozialer Kompetenzen. Dem nicht-formalen Lernen und der grenzüberschreitenden Mobilität kommt eine große Bedeutung zu, da hier „Europa“ mit seinen vielfältigen Chancen und Möglichkeiten konkret erfahrbar wird. Sie vermitteln den jungen Menschen die nötige Kompetenzen und die Lust sich für Europa zu engagieren. Dabei ist es umso wichtiger, dass Angebote zur grenzüberschreitenden Lernmobilität für alle jungen Menschen zur Verfügung stehen.

Im Mai 2015 verabschiedete die EU-Kommission (Generaldirektion Bildung & Kultur) eine mit nationalen Expertinnen und Experten im Feld der inklusiven Bildung erarbeiteten „Erasmus+ Inclusion & Diversity Strategy“ um eine konsequente Öffnung des nicht-formalen Lernens aller jungen Menschen voranzutreiben. Die europäische Strategie beschreibt im Kern individuelle und strukturelle Benachteiligungskategorien und will in erster Line zu einem gemeinsamen Verständnis für Benachteiligung beitragen. Auf dieser Grundlage hat sich eine Arbeitsgruppe aus Expertinnen des Nationalen Beirats und von JUGEND für Europa zusammengefunden, um in einem anderthalbjährigen Prozess eine „Nationale Inklusions- und Diversitätsstrategie“ für den Bereich der über Erasmus+ geförderten internationalen Jugendarbeit zu entwickeln.

Das Ziel der Nationalen Inklusions- und Diversitätsstrategie ist es, einen diversitätsbewussten Ansatz zu stärken. So sollte die Vielfalt junger Menschen im Kontext grenzüberschreitenden Lernens als positiver Lernansatz betrachtet werden. Ausgrenzung, auch bestimmter Zielgruppen junger Menschen, und Rassismus muss aktiv entgegenwirkt werden. Die strukturellen Rahmenbedingungen grenzüberschreitender Lernmobilität sollen so verändert werden, dass die aktive Ansprache aller jungen Menschen in ihrer individuellen Unterschiedlichkeit besser als bisher erfolgen kann. Die Ansprache und Aktivierung von engagierten Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe spielt eine wichtige Rolle. Sie sollen z.B. durch Trainings animiert werden, das Lernen durch grenzüberschreitende Mobilität als ein zentrales Lernfeld der Persönlichkeitsbildung aller jungen Menschen zu erkennen und Projekte zu entwickeln, die alle jungen Menschen einbinden oder ihnen zu Gute kommen. Die Förderung nicht formaler europäischer Jugendbildung im Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION zielt auf alle jungen Menschen, legt aber dennoch einen Schwerpunkt auf die Ansprache junger Menschen mit geringeren Chancen und grenzt somit bestimmten Zielgruppen aus, darunter auch Jugendliche mit Behinderungen. So soll die nationale Inklusions- und Diversitätsstrategie die Entwicklung von Lernformaten der individuellen Bildung junger Menschen wie auch möglichen strukturellen und innovativen Konzepten z.B. im Rahmen von strategischen Partnerschaften stärker unterstützen um das Lernen junger Menschen in Vielfalt zu ermöglichen.





Der Menschenrechtsbildung eine europäische Dimension verleihen

Menschenrechtsbildung stärker in der Jugendarbeit und in der formalen Ausbildung von Jugendarbeitern zu verankern, sind zentrale Ziele des von Erasmus+ geförderten Projektes „Youth for Human Rights“.

Anfang 2017 startete das Netzwerkprojekt, das von sieben Nationalen Agenturen für Erasmus+ JUGEND IN AKTION getragen wird. Neben Deutschland sind Estland, Belgien-Flandern, Kroatien, Lettland, Österreich und die Slowakei beteiligt. Im Bereich der Jugendarbeit sind es langfristige Ziele des Projektes, Fachkräfte in Europa mit Methoden der Menschenrechtspädagogik vertraut zu machen und Menschenrechtsprojekte mit und von jungen Menschen qualitativ und quantitativ stärker zu fördern.

In einer ersten Phase wurden umfassende nationale Analysen sowie eine europäische Recherche zu bereits bestehenden Materialien, Methoden und Akteuren durchgeführt. In vielen Ländern zeigte sich, dass es grundsätzlich viele Projekte und Angebote für Fachkräfte und junge Menschen gibt, die sich mit relevanten Themen befassen, darunter u.a. die Integration von Geflüchteten oder die Anerkennung der

Rechte von LGBT oder Minderheiten. Es gibt jedoch nur wenige Organisationen, die sich mit dem ganzheitlichen Konzept der Menschenrechte befassen.

Für weitere Auswertungen der Analysen und die darauf aufbauende Neuentwicklung von Trainingscurricula für die Jugendarbeit haben die Nationalen Agenturen unter der Koordination von JUGEND für Europa ein europäisches Gremium einberufen. Darin vertreten sind das Europäische Jugendforum, das „Youth Partnership“-Programm der Europäischen Kommission und des Europarates, Hochschulen, NGOs, das SALTO YOUTH Resource Centre für Training und Kooperation sowie erfahrene Trainer aus dem Jugendbereich.

Gemeinsam wurden für ein sechstägiges Training-für-Trainer neue bedarfsgerechte Curricula und Module entworfen, die sich u.a. mit Geschichte, Bedeutung und Schutz von Menschenrechten





befassen und neue Ansätze, Methoden und Kompetenzen der Menschenrechtsbildung enthalten. Ein starker Fokus liegt dabei auf einer europäischen Dimension, bei der Menschenrechte im Kontext europäischer Werte und aktueller Spannungsfelder betrachtet werden.

Nach der europäischen Fortbildung werden die geschulten TrainerInnen in nationalen Seminaren Fachkräfte der Jugendarbeit darin ausbilden, Ansätze der Menschenrechtspädagogik in ihrer Arbeit einzusetzen. Insgesamt ein starkes Signal: In sieben Ländern werden sich insgesamt 280 Jugendarbeiter

zeitgleich mit dem Thema Menschenrechtsbildung im Kontext europäischer Werte auseinandersetzen.

Für den Bereich der formalen Bildung entwickeln die Nationalen Agenturen derzeit gemeinsam mit den europäischen Experten Leitlinien und Empfehlungen zur Verankerung von Menschenrechtsbildung in der formalen Aus- und Weiterbildung von Jugendarbeitern. Die Ergebnisse der europäischen Kooperation werden bis 2019 von jedem Land durch Transferseminare mit Vertretern von Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in die nationale Bildungslandschaft vermittelt. <<<<

Ein Teil von Europa werden: Jugendarbeit mit Geflüchteten stärken

Die Rolle der Jugendhilfe in der Arbeit mit jungen Geflüchteten, Migrant/-innen und Asylbewerber/-innen zu stärken, ist zentrales Ziel des Netzwerkprojektes „Becoming a Part of Europe“. Aus Sicht von JUGEND für Europa eine besonders wichtige Aufgabe, bei der eine europäische Vernetzung und das Voneinander-Lernen unumgänglich sind.

2015 kam eine Million Geflüchtete nach Europa. Darunter auch viele Kinder und Jugendliche, die ihren Platz in Europa und in der Gesellschaft finden mussten. In Deutschland schreibt der Abs. 1, SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) fest: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Das gilt auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche.

Die Situation geflüchteter Kinder und Jugendlicher ist aber längst nicht nur ein deutsches Anliegen. So stellen sich Fragen der deutschen Kinder- und Jugendhilfe, u.a. zur physischen wie psychischen Gesundheit sowie zur Kultur- und Sprachvermittlung, erst recht in Ländern, in denen es an entsprechenden Unterstützungssystemen fehlt. Hier kommt es besonders auf die Qualifikation von Fachkräften und Helferinnen und Helfern an. Vor diesem Hintergrund startete die Kommission einen Aufruf an das Netzwerk der Nationalen Agenturen im Jugendbereich, um mit der vorhandenen Expertise im Bereich Inklusion und

Diversität Fachkräfte der Jugendarbeit europaweit zu stärken. Das daraus hervorgegangene Projekt „Becoming a Part of Europe“ ist auf drei Jahre angelegt. Dabei geht es zunächst um den Austausch und die Analyse guter Praxis. Aus dieser Analyse sollen in einem weiteren Schritt Projektkonzepte, Methoden oder Trainings entwickelt werden, die das Thema Migration und Flucht weiterentwickeln.

Wachsende Erschöpfung und Unzufriedenheit trotz guten Willens

Um die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten, sind sowohl Experten, als auch Fachkräfte und Wissenschaftler am Projekt beteiligt. In jedem Land gibt es eine nationale Expertengruppe, die die aktuelle Praxis der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit der Zielgruppe erfasst und analysiert hat. Hierfür wurden zum Beispiel eine studentische Initiative aus dem Bonner Raum und Jugendmigrationsdienste, die bereits über das Projekt „Jugendmigration plus“ ein Modell entwickelt haben, wie Geflüchtete besser informiert und beraten werden können befragt. Insgesamt wurden zehn gute Praxisbeispiele ausgewählt.



Im Januar 2018 fand ein Treffen in Bonn statt, im Rahmen dessen die Ergebnisse der ersten Projektphase vorgestellt und diskutiert wurden. So wurde sich insbesondere zur wachsenden Frustration und Erschöpfung der Fachkräfte sowie zum mangelnden Wissen und Machtlosigkeit gegenüber politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, ausgetauscht. Es fehlt an Ressourcen und interkulturellen Strategien. Dem stehen junge Geflüchteten, Migrant/-innen und Asylbewerber/-innen gegenüber, die teilweise aufgrund fehlender Integrationsperspektiven zunehmend Depression, Aggression und Kriminalisierung ausgesetzt sind. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, so wurde von den Teilnehmenden gefordert, sollten Fachkräfte und freiwillige Helfer mit Trainings unterstützt werden. Diese sollten auf Standards beruhen. Darüber hinaus müssten nachhaltige Unterstützungs- und Netzwerkstrukturen aufgebaut werden und die Teilhabe der Geflüchteten selbst gewährleistet werden.

Sektorübergreifende Zusammenarbeit stärken

In der nun startenden nächsten Phase sollen einige, länderübergreifend als besonders wichtig betrachtete Herausforderungen in der Jugendarbeit mit Geflüchteten von europäischen Expertengruppen analysiert

und Lösungsansätze definiert werden. Als Ergebnis dieser Phase sollen Empfehlungen formuliert werden, wie sowohl die jugendpolitische Rahmgestaltung als auch die praktische Arbeit für die Integration von Geflüchteten verbessert werden können. JUGEND für Europa übernimmt die Koordination im Bereich der sektorübergreifenden Zusammenarbeit. Dabei soll die Rolle der Jugendarbeit in einem sektorübergreifenden Umfeld für die Integration junger Migranten definiert und die wichtigsten Elemente der Interaktion mit dem Bereich der formalen Bildung, der Arbeitsverwaltung, der sozialen Dienste, der medizinischen Dienste oder des Wohnungswezens skizziert werden. So sollen die Bereiche erörtert werden in denen gemeinsame, integrierte Ansätze notwendig und sinnvoll sind. Nicht zuletzt können daraus Anforderungen an das Kompetenzprofil von Fachkräften definiert werden.

In der letzten Projektphase sollen 2019 innovative Modelle und Aktivitäten zur Stärkung der Rolle der Jugendhilfe in der Integration jugendlicher Migrant/-innen, Geflüchteten und Asylsuchenden entworfen und getestet werden. Sicherlich wird es dabei u.a. um die Entwicklung von Fortbildungen zur Professionalisierung und Stärkung der Fachkräfte gehen. <<<<<

Der Qualitätsbonus: Kompetenzen in der Jugendarbeit aufbauen

Vom 26. bis zum 28. März fand die erste Konferenz zur European Training Strategy in Mainz statt.

Ziel war einen Austausch zur Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit in Europa zu ermöglichen und dabei aufzuzeigen, wie die European Training Strategy zur Kompetenzentwicklung von Fachkräften verhelfen kann.

Die European Training Strategy (ETS) wurde von der EU-Kommission im Rahmen des EU-Aktionsprogramms JUGEND (2000-2006) eingeführt. Ihr Ziel war es, die Qualität der Unterstützungssysteme für junge Menschen zu verbessern und Kompetenzen von Fachkräften im Jugendbereich weiter zu fördern. Seitdem hat sie sich als wirksames Instrument für die Vermittlung von Wissen, die Entwicklung von Fertigkeiten und Haltungen von Fachkräften in der europäischen Jugendarbeit erwiesen. Die Einführung des neuen EU-

Jugendprogramms Erasmus+ JUGEND IN AKTION und die Veröffentlichung der "Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag einer qualitätsvollen Jugendarbeit zur Entwicklung, zum Wohlbefinden und zur sozialen Inklusion junger Menschen" setzten 2013 neue Impulse für die Qualifizierung von Fachkräften. Somit begann eine neue Phase für die European Training Strategy. Zur qualitätsvollen Jugendarbeit gehört die Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen, die den Betreuer/-innen helfen, ihre praktische Arbeit zu verbessern und ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln,



indem sie eine Struktur und einen Raum für die Reflexion, den Dialog und die Aktion bieten.

Vor diesem Hintergrund veranstalteten JUGEND für Europa, SALTO YOUTH Resource Centre für Training und Kooperation und die Europäische Kommission im März 2018 eine dreitägige Konferenz. Geladen waren Trainer/-innen, Dozent/-innen, Professor/-innen und Lehrkräfte, die Jugendarbeiter/-innen ausbilden, aus 37 Ländern. Dabei ging es vor allem darum den Austausch rund um die ETS zu ermöglichen und Fragen, die sich aus der Praxis ergeben sowie Beispiele guter Praxis darzustellen und zu diskutieren. Mit Blick sowohl auf die Neugestaltung der EU-Jugendstrategie wie auf die Debatte um die Zukunft von Erasmus+ JUGEND IN AKTION ist ein solcher Austausch von besonderer Bedeutung, denn schließlich leistet die Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung jugendpolitischer Ziele und muss dafür entsprechend ausgestattet und gewappnet werden.

Wissen aufbauen und Voneinander-Lernen

Die Ausbildungs- und Fortbildungsrealitäten für Fachkräfte der Jugendarbeit in den an Erasmus+ JUGEND IN AKTION teilnehmenden Ländern variieren stark. Vor allem wenn es darum geht Kompetenzen für die Arbeit im europäischen und internationalen Kontext zu entwickeln und zu stärken. So fühlen sich Fachkräfte oft unzureichend ausgebildet oder informiert. Sie zögern, die durch die EU-Jugendprogramme gegebenen Möglichkeiten für ihre Arbeit zu nutzen. Die European Training Strategy möchte dem entgegenwirken.

Die ETS setzt u.a. Impulse für die Entwicklung qualitativer Jugendarbeit durch Wissenstransfer und -Aufbau. In dem Kontext kommt Fortbildungen und Fachkräftemaßnahmen, die im Rahmen von Erasmus+ JUGEND IN AKTION gefördert werden, eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus sind Vernetzungsaktivitäten wichtig sowie Instrumente und Ressourcen zu teilen, die sich in der Praxis bewährt haben. Solche Ressourcen können u.a. Datenbanken, Handbücher,



Kompetenzmodelle sein, die Praktiker verwenden und für ihre tägliche Praxis anpassen können. Wie Wissenstransfer und Kompetenzentwicklung grenzüberschreitend und europäisch erfolgen kann, wurde auf der ETS Konferenz intensiv diskutiert. Zudem wurde erörtert, welchen Beitrag E-Learning und digitale Tools leisten können.

Mit Kompetenzmodellen Orientierung bieten

Weitere Instrumente der European Training Strategy wurden auf der Konferenz diskutiert, darunter die von SALTO Resource Centre für Training und Kooperation entwickelten Kompetenzmodelle für Fachkräfte und Trainer. Diese sind als Empfehlungen zu verstehen: Die Kompetenzmodelle können Organisationen und Institutionen unterstützen, ihre Fachkräfteentwicklung auszubauen und sollen gleichzeitig Fachkräften dabei helfen, ihren Fortbildungsbedarf einzuschätzen. Gleichermaßen sollen sie Trainer, Dozenten und Ausbilder bei der Gestaltung von Fortbildungsangeboten unterstützen, indem sie Orientierung bieten. So sollen Fachkräfte besser einschätzen können, welche Kompetenz sie weiterentwickeln wollen, und die Angebote können besser auf die Bedarfe zugeschnitten werden. Nicht zuletzt sollen diese Kompetenzmodelle auch zur besseren Anerkennung der Leistungen und des Engagements von Fachkräften in der Jugendarbeit in den Ländern und auf europäischer Ebene beitragen.





EUROPÄISCHER ALLTAG

100 Jahre Unabhängigkeit

Europäische Freiwillige lernen während ihren Aufenthalt die Geschichte und Traditionen anderer Länder kennen. Oft sorgt dies für Überraschung und regt zum Nachdenken an. Dabei werden die eigene Kultur und Erfahrungen reflektiert. Wie nimmt eine junge Freiwillige aus Deutschland die nationalen Feierlichkeiten zum 100. Jahrestages der Unabhängigkeit Estlands wahr?

TEXT UND BILD: Mira Zimmermann

Am 24. Februar 2018 sind 100 Jahre vergangen, seitdem Estland zum Ende des Ersten Weltkriegs seine Unabhängigkeit zum ersten Mal verkündet hat. Die unabhängige Republik blieb jedoch nur 22 Jahre bestehen, bis sie 1940 wieder von der sowjetischen Regierung besetzt wurde. Die Proklamation der Unabhängigkeitserklärung am 24. Februar 1918 wurde zwar zum offiziellen Nationalfeiertag erklärt, allerdings gibt es zwischen den Jahren 1917 und 1920 eine Reihe von bedeutenden Ereignissen, die ebenfalls als Geburtsstunde der Republik betrachtet werden können. Zum Beispiel sehen viele den 28. November 1917 als Beginn von Estland als eigenständigen Staat, da sich an diesem Tag der demokratisch gewählte, estnische Landtag zur höchsten Instanz des Landes erklärte. International offiziell anerkannt wurde Estlands Unabhängigkeit allerdings erst 1920 mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und Estland.

Da der unabhängige Staat Estland nicht an einem einzigen Tag entstanden ist, sondern vielmehr als ein Prozess betrachtet werden muss, feiert Estland einfach 4 Jahre lang seinen 100. Geburtstag!

Für mich ist Patriotismus etwas sehr Suspektes und weder Nationalhymne noch Fahne würden besondere Emotionen in mir hervorrufen. Estland als kleines Land, das sich stets gegen größere Mächte behaupten musste, ist sehr stolz auf seine besondere Kultur und das Nationalgefühl ist deutlich spürbar. Während der Geburtstagsfeier kam die Frage zwischen meinen Kollegen auf, was ihnen die Unabhängigkeit eigentlich bedeutet. Die Antworten waren für mich überraschend ernst und bedeutsam. Sowohl diejenigen, die Estland noch als Teil der Sowjetunion erlebt haben, als auch jüngere waren sehr stolz darauf, wie unfassbar schnell sich Estland als unabhängiger Staat entwickelt hat und dennoch seine Kultur und Traditionen am Leben erhält.

Ebenso erstaunt hat mich die Art und Weise, wie sie persönlich dieses Jubiläum feiern. Zum Beispiel hat eine der Künstlerinnen im Museum eine verstaubte Kasette mit der Nationalhymne ausgegraben und gemeinsam mit ihrer Familie dazu gesungen. Meine Mitbewohnerin hat mit ihren Freunden traditionelle Hering-Schnitten zubereitet, die keinem von ihnen schmecken, jedoch unverzichtbar für diesen Tag sind. Zudem trugen fast alle Esten traditionelle Kleidung

Dieser Beitrag wurde zunächst auf youthreporter.eu veröffentlicht. Hier berichten junge Leute über ihren Auslandsaufenthalt in europäischen Ländern. Sie erzählen von ihren Gefühlen, Erlebnissen und Erfahrungen während dieser spannenden und aufregenden Zeit. Geschrieben wird, was bewegt.



© Mira Zimmermann

oder die Nationalfarben. All diese Bräuche wären auch in Deutschland an Feiertagen denkbar, würden aber vermutlich nicht mit demselben Ernst und Feierlichkeit begangen.

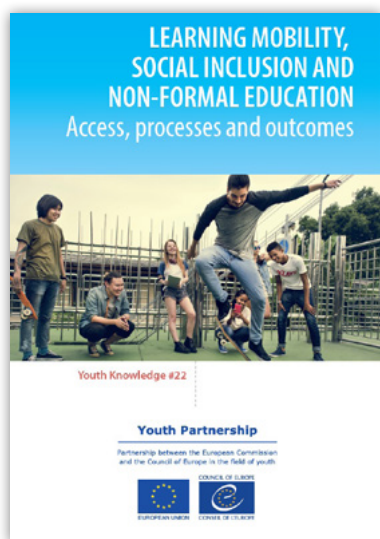
Zu Ehren dieses wichtigen Anlasses haben die Esten sehr viel Einfallsreichtum bewiesen. Eines meiner Lieblingsprojekte ist die Liste von 100 Büchern, die jeder Este lesen sollte. Für unseren Buchladen Fahrenheit 451 habe ich ein Plakat gemalt, auf dem jeder Besucher ein Buch eines estnischen Autors schreiben kann. Dabei sind viele Klassiker zusammengekommen von Anton H. Tammsaare oder Eduard Vilde, jedoch auch Kinderbücher oder Bücher über die estnische Kultur. Mit dem Museum haben wir das Manifest an alle Völker Estlands, die Gründungsurkunde der Republik Estland, mit jedem Besucher auf einer Druckerpresse gedruckt, die der von 1918 sehr nahe kommen soll. Unsere Künstlerin, Charlotte, hat eine Schreibmaschine aufgestellt und die Frage „What means independance to you?“ eingetippt. Dabei kamen sehr interessante Interpretationen zusammen, die sich teilweise auf Estland bezogen, aber auch auf individuelle Freiheit oder die Unabhängigkeit der Künstler. Die Antwort von einer Frau im traditionellen bunt gestreiften Rock lautete zum Beispiel: „That I can be a folklorist“. Zu Ehren der Nationalfahne wurde jeder bekannten Skulptur in Estland, wie zum Beispiel den küssenden Studenten

in Tartu, ein blau-schwarz-weißer Schal umgebunden oder eine Mütze aufgesetzt. Außerdem werden viele Events oder Projekte, die dieses Jahr stattfinden, als „Geburtstagsgeschenke“ für Estland gesammelt. So ist zum Beispiel auch unsere Kickstarter-Kampagne, den kleinen Prinzen zu drucken, offiziell ein Geschenk zu Estlands 100. Geburtstag. In Tallin bildet die Militärparade vor dem estländischen Parlament den Höhepunkt, die aufgrund der vielen steifen Uniformträger in Tartu unter dem Spitznamen „Pinguin Parade“ bekannt ist. Während der Parade wurden zahlreiche Reden gehalten, die gezeigt haben, dass die Unabhängigkeit von Estland nicht als selbstverständlich betrachtet wird. So wurde zum Beispiel gesagt, dass die Unabhängigkeit heute sicherer als je zuvor sei, da Estland Freunde und Verbündete hat. Estland legt viel Wert darauf, Teil von internationalen Bündnissen wie der Nato zu sein, die das Land stärker gegenüber dem übermächtigen Nachbar Russland machen. Vor dem Hintergrund, dass Estland immer wieder für seine Unabhängigkeit kämpfen musste, ist das starke Nationalbewusstsein auch durchaus verständlich.

Die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag der unabhängigen Republik Estland haben mir gezeigt, dass ein Nationalbewusstsein auch etwas sehr positives sein kann und nationale Feiertage mehr bedeuten können als nur schulfrei und geschlossene Supermärkte. <<<<



LITERATURHINWEISE



Lernmobilität, soziale Eingliederung und nicht-formelle Bildung. Zugang, Prozesse und Ergebnisse.

Eine neue Publikation des „Partnership“ zwischen Europarat und EU-Kommission stellt den Stand der Lernmobilität im heterogenen europäischen Jugendbereich dar.

Die Autoren präsentieren empirische Forschungsergebnisse, die die Erfahrungen von Teilnehmern unterschiedlicher Herkunft in verschiedenen Formaten der Lernmobilität (Austausch, Freiwilligendienst, Workcamps) und in verschiedenen Regionen Europas untersuchen und analysieren.

In diesem Band werden zwei miteinander verknüpfte Fragen behandelt: erstens, wie Lernmobilität als Instrument der Inklusion genutzt werden kann; und zweitens, wie Inklusion zu einem festen Bestandteil von Lernmobilitätsprojekten und -initiativen werden kann.

Diese Publikation richtet sich an erfahrene Projektträger wie auch an Neueinsteiger. Sie bietet eine Erläuterung der wichtigsten Konzepte und Fragen im Lichte der aktuellen jugendpolitischen Entwicklungen und der andauernden Debatte um Voraussetzungen für eine kohärente Jugendarbeit in Europa.

Die Publikation als [Download in englischer Sprache](#)

Digitale Jugendarbeit entwickeln. Politische Empfehlungen und Trainingsbedarf.

Die EU-Kommission hat die Ergebnisse ihrer Expertengruppe zur Entwicklung der digitalen Jugendarbeit veröffentlicht. Die Gruppe, bestehend aus 25 Expertinnen und Experten aus mehr als 20 Ländern, war 2016 im Rahmen des Arbeitsplans für Jugend (2016-2018) einberufen worden.

In dieser Publikation vereinbarte die Expertengruppe zunächst eine Arbeitsdefinition von „digitaler Jugendarbeit“. Auf dieser Grundlage werden innovative Praxisbeispiele für die digitale Jugendarbeit und die Förderung digitaler Kompetenzen von Jugendfachkräften, politische Empfehlungen zur Entwicklung der digitalen Jugendarbeit sowie eine Einschätzung des Qualifizierungsbedarfs bei Jugendfachkräften und eine Sammlung von Schulungsmaterial dargestellt.

Die Publikation als

[Download in englischer Sprache](#)





VERANSTALTUNGSHINWEISE

8. Parlamentarischer Abend der Europäischen und Internationalen Jugendarbeit

mit dem Titel „Weltoffen leben: Jugendaustausch in Zeiten gesellschaftlicher und internationaler Veränderungen“

14.06.18

Werkstattgespräch zur Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa

27. – 28.06.18

Bilanz- und Perspektivveranstaltung zur Jugendstrategie des BMFSFJ „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“

24. – 25.9.2018

14. Forum Europäische Perspektiven

Eine Bilanzveranstaltung zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland

November 2018





IMPRESSUM

Herausgeber:

JUGEND für Europa
Servicestelle EU-Jugendstrategie
Godesberger Allee 142–148
53175 Bonn

Rechtsträger von JUGEND für Europa ist IJAB e.V.

Verantwortlich:

Frank Peil (Vi.S.d. § 55 Abs. 2 RstV, JUGEND für Europa)

Redaktion:

Frank Peil, Ulrike Wisser, Valérie Léger, Derya Lehmeier

Weitere Autorinnen und Autoren:

Frederike Hofmann-van de Poll, Patricia Friedrich, Mira Zimmermann

Fotos:

JUGEND für Europa, sofern nicht anders genannt

Quellen:

JUGEND für Europa, sofern nicht anders genannt

Gestaltung:

elfgenpick, Augsburg

Gefördert durch:

Erasmus+



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Aktuelle Informationen zur EU-Jugendstrategie:

➤ www.jugendpolitikineuropa.de

➤ www.jugendhilfeportal.de

Europäische Jugendarbeit und Jugendpolitik

Aktuelle Entwicklungen auf
nationaler und europäischer Ebene

#01.18
NEWSLETTER